

119

Wirtschaftsprognose

Economic Forecast

Oktober 2021

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2022 Aufschwung mit Hindernissen

Sperrfrist: Freitag, 8. Oktober 2021, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

119

Wirtschaftsprognose

Economic Forecast

Oktober 2021

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2022 Aufschwung mit Hindernissen

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Zuzana Molnárová

Michael Reiter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

AutorInnen

Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer,
Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Zuzana Molnárová, Michael Reiter, Klaus Weyerstraß

Titel

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2022

Aufschwung mit Hindernissen

Wirtschaftsprägnose / Economic Forecast 119

Kontakt

Michael Reiter

T +43 1 59991-154

E mreiter@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com

2021 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länderprognosen.....	20
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	31
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	33
5	Monetäre Prognose	44
6	Tabellenanhang.....	47

Aufschwung mit Hindernissen

Nach dem coronabedingten Einbruch der Wirtschaftsleistung um 6,7 % im Vorjahr hat die österreichische Wirtschaft seit dem Frühjahr überraschend kräftig an Fahrt gewonnen, sodass bereits zu Jahresmitte wieder das Vorkrisenniveau erreicht werden konnte. Das Institut hebt daher die Prognose für das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr auf 4,5 % an. Für das kommende Jahr wird ebenfalls ein Wachstum von 4,5 % erwartet. Mit der kräftigen Konjunkturerholung dürfte die Arbeitslosenquote auf 8,1 % in diesem bzw. 7,2 % im nächsten Jahr zurückgehen. Die Inflationsprognose für den Jahresdurchschnitt 2021 muss auf 2,6 % angehoben werden. Im kommenden Jahr wird eine Inflationsrate von 2,3 % erwartet.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Seit dem Frühjahr verzeichnet die österreichische Wirtschaft einen äußerst dynamischen Aufholprozess vom durch die Corona-Krise ausgelösten historischen Einbruch um 6,7 % im Vorjahr. Insbesondere die gesundheitspolitischen Eindämmungsmaßnahmen führten zu einem Rückgang des privaten Konsums um 8,5 %. Die Exporte sind um 10,8 % geschrumpft, die Importe um 9,4 %. Die Investitionen sind mit 5,2 % vergleichsweise wenig zurückgegangen. In sektoraler Sicht verzeichneten nahezu alle Wirtschaftsbereiche deutliche Rückgänge, insbesondere die Bereiche Beherbergung und Gastronomie sowie Kultur, Unterhaltung und persönliche Dienstleistungen.

Nachdem im ersten Quartal 2021 aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung einer neuen Corona-Welle die Wirtschaftsleistung noch zurückgegangen war, begann im Frühjahr der Aufschwung. Getragen von den signifikanten Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen und der internationalen Konjunkturerholung, legte die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 4,0 % gegenüber dem Vorquartal zu. Laut dem Indikator der Österreichischen Nationalbank über die wöchentliche Wirtschaftsleistung erreichte das BIP im Juli wieder das Vorkrisenniveau.¹ Allerdings wirken gegenwärtig Lieferengpässe und damit verbunden deutliche Preissteigerungen sowie die weiterhin bestehende Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie bremsend. Hinsichtlich der Pandemie unterstellt das Institut, dass es zu keinen umfassenden Einschränkungen mehr kommen wird. Aufgrund der Impfung breiter Bevölkerungsschichten sollte die Gesundheitskrise bis zum nächsten Frühling überwunden sein. Vor diesem Hintergrund hebt das Institut seine Prognose für das BIP-Wachstum im laufenden Jahr auf 4,5 % an. Auch im kommenden Jahr sollte das Wachstum 4,5 % betragen. Insbesondere aufgrund des Aus-

¹ Siehe <https://www.oenb.at/Publikationen/corona.html>

falls des Wintertourismus in der Saison 2020/21 dürfte im laufenden Jahr das Wachstumstempo etwas geringer als im Euroraum (4,8 %) ausfallen. Im kommenden Jahr sollte die österreichische Wirtschaftsleistung ebenso kräftig wie jene im Euroraum-Durchschnitt zulegen.

Im zweiten Quartal hat die Weltwirtschaft kräftig an Fahrt gewonnen. So stieg im Euroraum die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal um 2,2 %, in den USA betrug der Anstieg 1,6 %. Die weltwirtschaftliche Erholung von der pandemiebedingten Rezession hat sich im Sommer fortgesetzt. Die globale Wirtschaftsleistung ist inzwischen höher als vor Ausbruch der Pandemie, allerdings bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen Ländern und Sektoren. In den Industrieländern erlaubten die Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen eine kräftige Erholung der Dienstleistungsbereiche. Zudem unterstützten viele Länder, allen voran die USA, die Erholung mit expansiver Fiskalpolitik. Im Verarbeitenden Gewerbe verlor der Aufschwung hingegen an Kraft. Hier machten sich wohl die Konjunkturabschwächung in China, die Verwerfungen bei den globalen Wertschöpfungsketten sowie der kräftige Anstieg der Rohstoffpreise und der Transportkosten bemerkbar. In den Schwellenländern verläuft die Entwicklung uneinheitlich. Während in Ländern mit geringen Impfraten teils drastische Eindämmungsmaßnahmen die Konjunktur belasteten, profitierten rohstoffexportierende Schwellenländer von der hohen Nachfrage nach Öl und Industriehochstoffen. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung deuten die verfügbaren Frühindikatoren darauf hin, dass sich die weltwirtschaftliche Erholung fortsetzt, aber an Schwung verliert.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut folgendes internationales Konjunkturbild für die beiden Prognosejahre. Mit Wachstumsraten von 8,0 % und 5,3 % bleibt China der weltweite Wachstumsmotor. Getrieben von der äußerst expansiven Fiskalpolitik sollte die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um 5,8 % bzw. im kommenden Jahr um 4,0 % zulegen. Die Aussichten für den Euroraum haben sich seit der Juni-Prognose trotz der Konjunkturdelle in Deutschland verbessert. Nunmehr wird von Wachstumsraten von 4,8 %, bzw. 4,5 % ausgegangen. Nach dem durch die Pandemie bedingten Einbruch im Vorjahr sollte die Weltwirtschaft mit Raten von 5,5 % bzw. 4,4 % wieder kräftig expandieren.

Der private Konsum in Österreich litt im Vorjahr besonders stark unter den corona-bedingten Eindämmungsmaßnahmen. Laut den aktuellen VGR-Zahlen ist dieses Aggregat um 8,5 % eingebrochen. Mit den Öffnungsschritten hat der private Konsum im zweiten Quartal 2021 merklich zugelegt. Das Institut geht davon aus, dass sich diese Tendenz in der zweiten Jahreshälfte noch verstärkt und der Konsum der privaten Haushalte zu einem Treiber des Wachstums wird. Somit erwartet das Institut für das laufende Jahr einen Zuwachs der privaten Konsumausgaben um 4,0 %. Die positive

Konsumdynamik dürfte sich im nächsten Jahr mit 5,0 % fortsetzen. Die Sparquote sollte nach dem starken Anstieg im Vorjahr auf 14,4 % sukzessive auf 11,6 % im laufenden bzw. 8,6 % im kommenden Jahr sinken.

Im Vorjahr gingen die Anlageinvestitionen um 5,2 % zurück. Gemessen an dem starken Wirtschaftseinbruch blieb die Investitionstätigkeit im historischen Vergleich damit relativ robust. Getrieben von der internationalen Industriekonjunktur und gestützt von den Fördermaßnahmen der Regierung haben die Investitionen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres kräftig zugelegt. Die Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung der Erholung hin. Laut Prognose werden die Anlageinvestitionen im Jahresdurchschnitt um 7,1 % ausgeweitet. Sowohl bei den Ausrüstungen (8,5 %) als auch bei den Bauten (5,5 %) werden äußerst starke Zuwächse erwartet. Im kommenden Jahr wird sich das Expansionstempo wohl verlangsamen und bei den Anlageinvestitionen 3,8 % betragen (Ausrüstungen 5,0 %, Bauten 2,5 %).

Der globale Warenhandel hat sich vom starken Einbruch im zweiten Quartal des Vorjahrs wieder rasch erholt. Seit dem Frühjahr hat er sich aber nur verhalten ausgeweitet. Aufgrund des hohen Überhangs zu Jahresbeginn dürfte der Welthandel im Jahressdurchschnitt um 10,4 % zulegen. Für nächstes Jahr wird eine Zunahme um 3,2 % erwartet. Die österreichische Exportindustrie profitiert von den günstigen internationalen Rahmenbedingungen. Laut den vorliegenden Daten haben die Güterexporte in der ersten Jahreshälfte äußerst kräftig zugelegt. Nach dem Einbruch um 7,8 % im Vorjahr wird für das Gesamtjahr 2021 ein Anstieg der realen Warenexporte um 11,6 % erwartet. Im nächsten Jahr dürfte sich der Zuwachs auf 4,0 % verlangsamen. Die Reiseverkehrsexporte leiden heuer unter dem Ausfall der Wintersaison, dürften aber im kommenden Jahr äußerst kräftig expandieren. Insgesamt sollten die Exporte laut VGR um 9,4 % bzw. 7,7 % ansteigen. Mit der Belebung der Inlandsnachfrage und der starken Exporttätigkeit dürfte die Importnachfrage Zuwächse von 9,4% bzw. 6,6 % verzeichnen. Von der Außenwirtschaft geht somit ein positiver Wachstumsbeitrag aus, insbesondere im nächsten Jahr.

Im Verlauf des gegenwärtigen Jahres hat sich der Preisauftrieb auch in Österreich kräftig beschleunigt. Im August betrug die Inflationsrate 3,2 %. Preistreiber sind gegenwärtig die gegenüber dem niedrigen Vorjahresniveau stark gestiegenen Energiepreise sowie die Preise von Flügen, Gastronomiedienstleistungen und Wohnungsinstandhaltung. Der starke Anstieg der Rohstoffpreise deutet darauf hin, dass der Preisdruck auch in den kommenden Monaten hoch bleiben dürfte. Vor diesem Hintergrund hebt das Institut die Inflationsprognose für das laufende Jahr auf 2,6 % an. Mit dem Wegfall von coronabedingten Preiseffekten und Lieferkettenproblemen sollte sich der Preisauftrieb im kommenden Jahr aber wieder normalisieren. Insgesamt erwartet das Institut somit eine Inflationsrate von 2,3 % im Jahressdurchschnitt 2022.

Die kräftige Konjunkturerholung hinterlässt ihre Spuren am Arbeitsmarkt. Im September ist die Zahl der vorgemerkteten Arbeitslosen auf das Vorkrisenniveau gefallen. Die Beschäftigung hat deutlich zugelegt und es mehren sich Anzeichen auf einen Fachkräftemangel. Ausgehend von 9,9 % im Vorjahr sollte die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr auf 8,1 % sinken. Mit den weiterhin günstigen Wirtschaftsaussichten dürfte die Beschäftigungsfrage auch im kommenden Jahr kräftig ausfallen und die Arbeitslosenquote auf 7,2 % fallen. Trotz der deutlich verbesserten Aussichten sind wohl zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung des qualifikatorischen und regionalen Mis-Matches am Arbeitsmarkt notwendig.

Mit der Konjunkturerholung und dem allmählichen Wegfall der staatlichen Corona-Hilfemaßnahmen verbessert sich die Lage der öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum. Für das kommende Jahr wird gegenwärtig ein Defizit von 2,8 % des BIP unterstellt. Da noch kein Budgetvoranschlag vorliegt und die Ausgestaltung der ökosozialen Steuerreform zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung noch nicht bekannt war, besteht bei der Abschätzung der konkreten Defizithöhe größere Unsicherheit. In Hinblick auf die Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staates sollten zukunftsorientierten produktivitätserhöhenden Bereichen, wie etwa Bildung, Digitalisierung und Forschung, höhere Priorität zukommen.

Nach wie vor dominiert die Corona-Pandemie die internationalen Konjunkturrisiken. Sollten sich neue Virusvarianten bilden, die gegen die bestehenden Impfstoffe resistent sind, würde dies den weltwirtschaftlichen Aufschwung erheblich belasten. Lang andauernde Probleme in den globalen Lieferketten würden den Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe bremsen. Ein weiteres Risiko stellt der Rohstoffpreisanstieg dar. Ein dadurch ausgelöster deutlicher Anstieg der Inflationserwartungen könnten eine Straffung der Geldpolitik notwendig machen. Zudem würde ein starker Konjunktur-einbruch in China, etwa infolge der Probleme im dortigen Immobiliensektor, die Weltwirtschaft über den Handelskanal belasten. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass der globale Aufschwung stärker als hier unterstellt verläuft, etwa wenn die während des Lockdowns gebildeten Sparpolster stärker und schneller als unterstellt aufgelöst werden. Wenn es gelingt, die Corona-Pandemie weltweit schnell und nachhaltig unter Kontrolle zu bringen, etwa durch rascher voranschreitende Impfprogramme, könnte die Weltwirtschaft ebenfalls kräftiger expandieren. Auch für die heimische Wirtschaft bildet ein Wiederaufflackern der Pandemie das größte Abwärtsrisiko. Neuerliche Endämmungsmaßnahmen würden den privaten Konsum und insbesondere den Tourismus stark belasten.

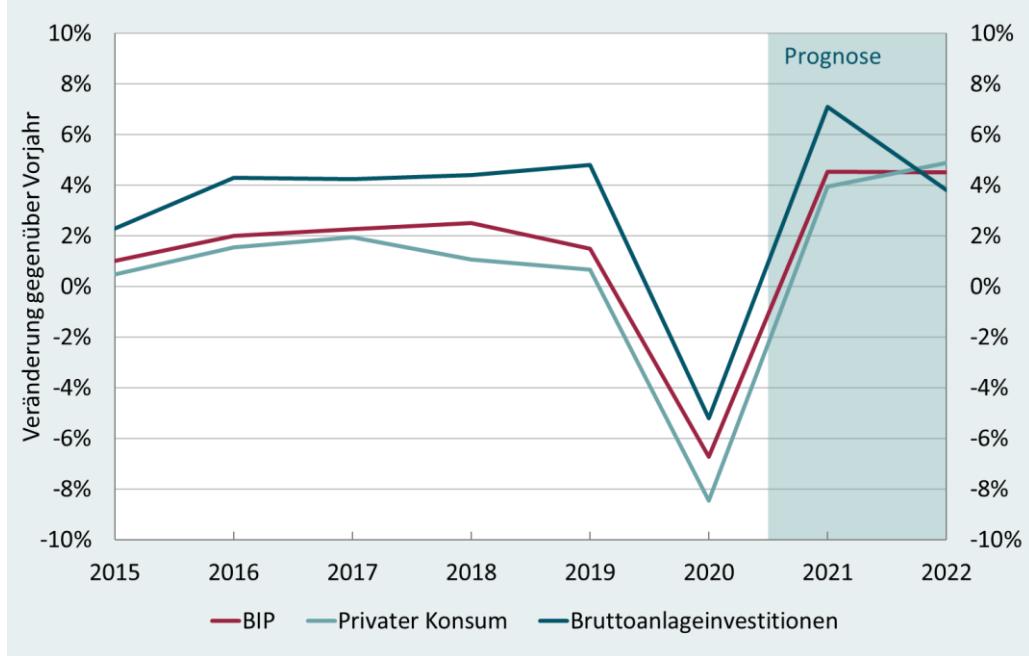
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt, real	-6,7	4,5	4,5
Privater Konsum, real	-8,5	4,0	4,9
Bruttoinvestitionen, real	-4,6	7,0	4,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	-5,2	7,1	3,8
Ausrüstungsinvestitionen, real	-6,5	8,5	5,0
Bauinvestitionen, real	-3,7	5,5	2,5
Inlandsnachfrage, real	-5,8	4,4	3,8
Exporte i. w. S., real	-10,8	9,4	7,7
Waren, real (laut VGR)	-7,8	11,6	4,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-43,9	-15,0	95,0
Importe i. w. S., real	-9,4	9,4	6,6
Waren, real (laut VGR)	-6,4	9,8	4,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-63,6	25,0	110,0
Unselbstständig Aktiv-Beschäftigte	-2,0	2,4	2,0
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	9,9	8,1	7,2
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition 2021 ⁱ	6,1	6,4	5,8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1,7	1,5	2,5
Preisindex des BIP	2,3	1,3	1,8
Verbraucherpreisindex	1,4	2,6	2,3
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-8,3	-6,7	-2,8
3-Monats-Euribor ⁱ	-0,4	-0,5	-0,5
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	-0,3	-0,3	0,1

ⁱabsolute Werte

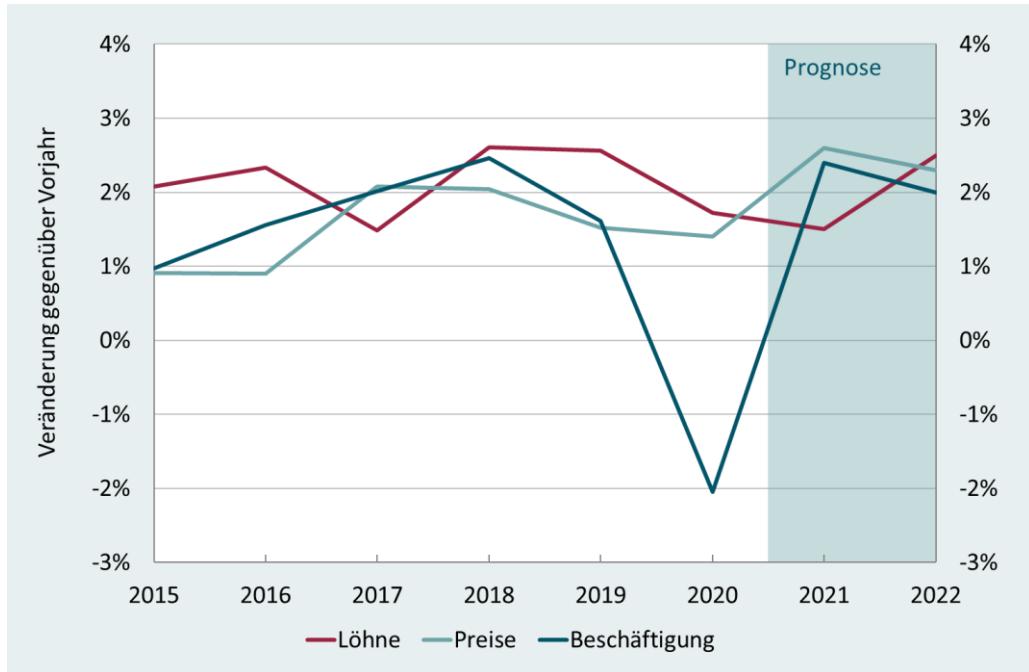
Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



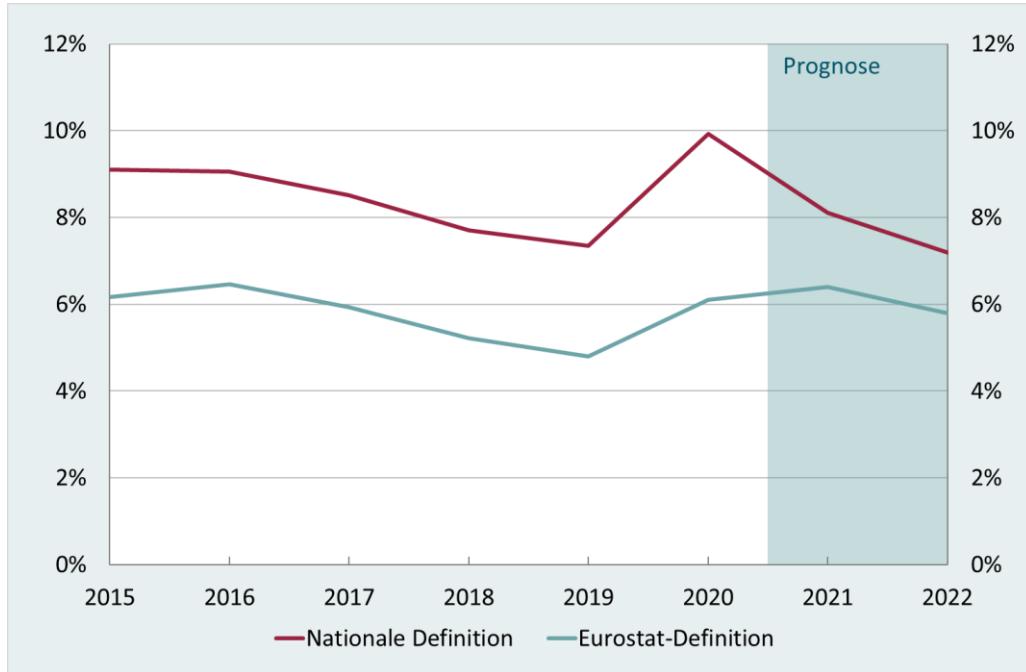
Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



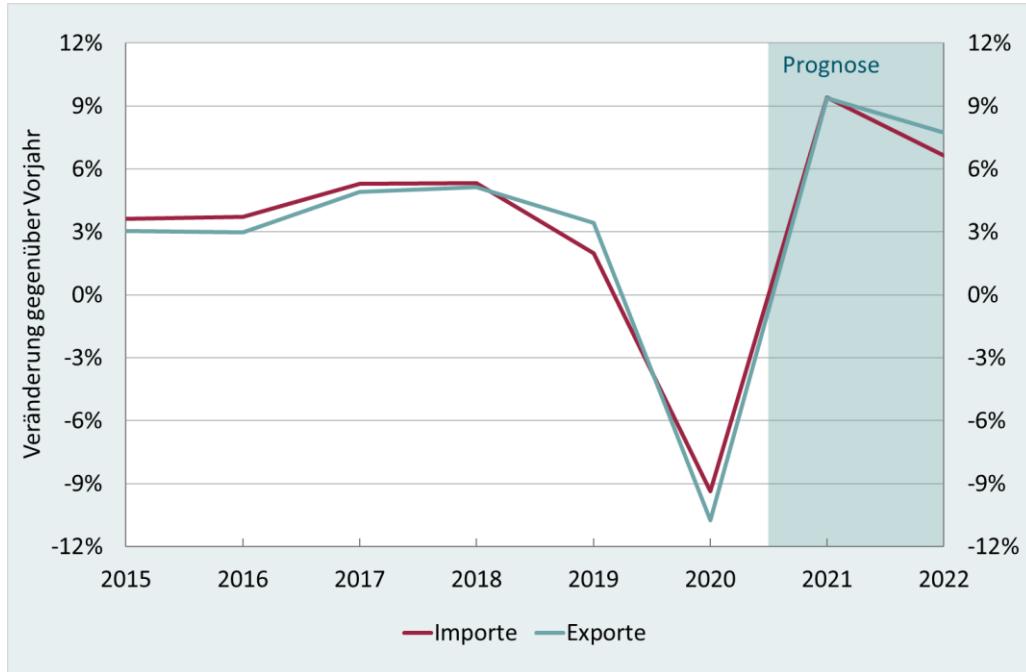
Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



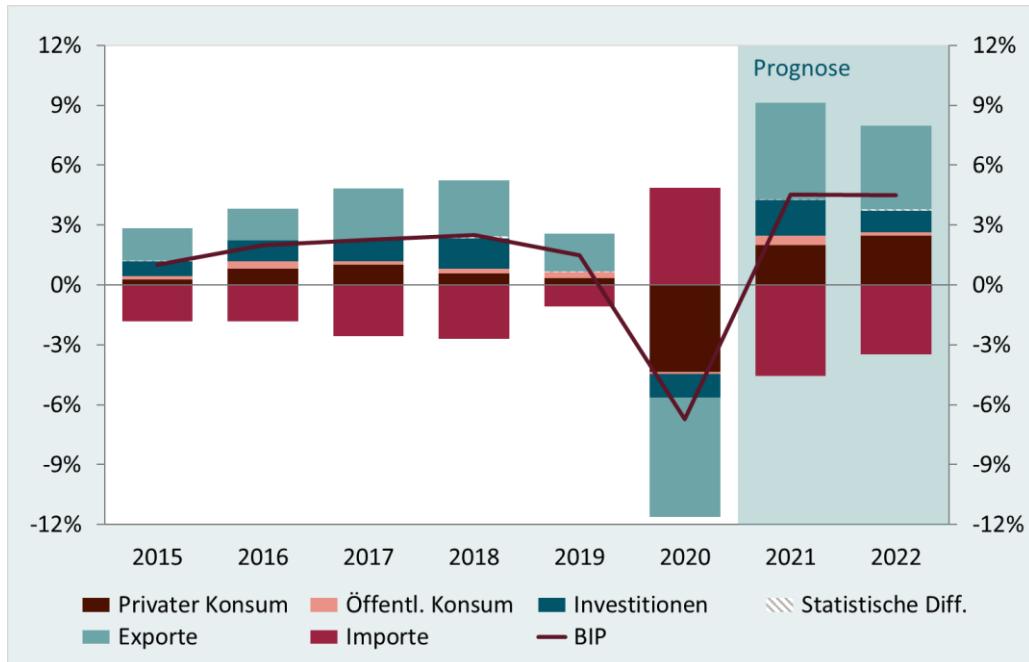
Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

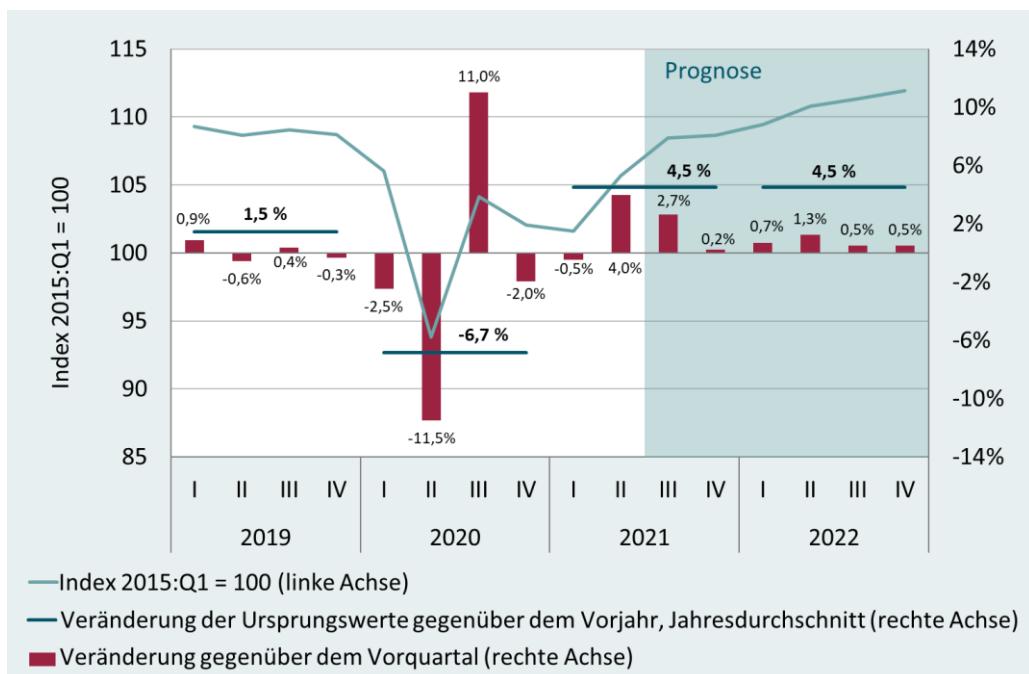
Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt

saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quellen: Statistik Austria, ab 3. Quartal 2021 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Die **weltwirtschaftliche** Erholung von der pandemiebedingten Rezession hat sich im Sommer fortgesetzt. Die weltweite Wirtschaftsleistung ist inzwischen höher als vor Ausbruch der Pandemie, allerdings bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern und Sektoren. In den Industrieländern erlaubten die Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen eine kräftige Erholung der Dienstleistungsbereiche. Zudem unterstützten viele Länder, allen voran die USA, die Erholung mit expansiver Fiskalpolitik. Von den Lockerungen profitierten etwa die Gastronomie und der Tourismus, was sich in steigenden Passagierzahlen im Flugverkehr und in höheren Zahlen ausländischer Touristen zeigt. Im Verarbeitenden Gewerbe verlor der Aufschwung hingegen an Kraft. Dies zeigt sich darin, dass sich die globale Industrieproduktion gemäß Daten des *Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis* (CPB) zuletzt seitwärts bewegt. Hier machten sich wohl die Konjunkturabschwächung in China, die Verwerfungen bei den globalen Wertschöpfungsketten sowie der kräftige Anstieg der Rohstoffpreise und der Transportkosten bemerkbar. Die Lieferprobleme bei Vorleistungen und Zwischenprodukten, wie elektronischen Bauteilen, dürften zum einen mit der globalen Konjunkturerholung zu tun haben. Darüber hinaus kam es pandemiebedingt zu Verschiebungen der Nachfrage. Die AutomobilherstellerInnen fuhren anscheinend zu Beginn der Corona-Krise aufgrund eines massiven Nachfragerückgangs nach Pkw die Bestellungen von Halbleitern herunter. Gleichzeitig stieg die Nachfrage nach Halbleitern aus anderen Branchen, etwa bei der Herstellung von Computern und Smartphones. Als dann die Automobilindustrie die Nachfrage wieder steigerte, wurden Kapazitätsgrenzen erreicht. Zudem gab es auch angebotsseitige Störungen. So kam es bei manchen Industrierohstoffen zu Produktionsunterbrechungen aufgrund von Streiks und coronabedingten Einschränkungen.

In den Schwellenländern verlief die Entwicklung zuletzt uneinheitlich. Dort, wo nur ein geringer Teil der Bevölkerung gegen das Corona-Virus geimpft ist, kam es als Reaktion auf neue Infektionswellen zu teils drastischen Eindämmungsmaßnahmen, was die Konjunktur belastete. Aus diesem Grund brach etwa in Indien die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal um rund 10 % ein. Inzwischen wurden dort die Infektionsschutzmaßnahmen wieder weitgehend aufgehoben. Rohstoffexportierende Schwellenländer hingegen profitieren von der hohen Nachfrage nach Öl und Industrierohstoffen. Mexiko konnte an der starken Konjunktur in den USA teilhaben.

Die Probleme in den Lieferketten sind neben der kräftigen Nachfrage auch auf Verzögerungen bei der Abfertigung von Containerschiffen zurückzuführen. So wurde im

Juli nach einem Corona-Ausbruch ein Terminal des zweitgrößten Containerhafens in China geschlossen. Dadurch wurden viele Schiffe verzögert abgefertigt oder mussten auf andere Häfen umgeleitet werden, was die Transportwege verlängerte und zu Verzögerungen bei der Abfertigung führte. Auch befanden sich zum Teil Container an Orten, an denen sie nicht benötigt wurden, während andernorts Container fehlten. Die Logistikprobleme resultierten auch in stark gestiegenen Frachtraten. So erreichte der Harpex-Index, ein Indikator für Container-Frachtraten, jüngst ein Rekord-Hoch.

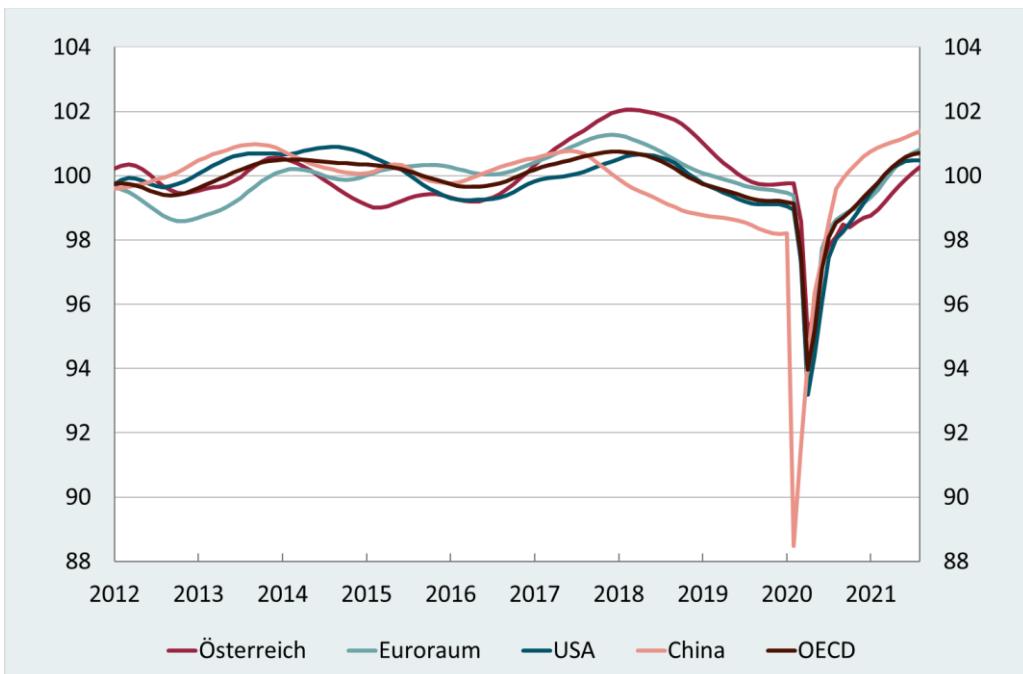
Neben den Transportkosten sind die Preise für Rohöl und andere Rohstoffe nach ihrem krisenbedingten Einbruch im vergangenen Jahr stark gestiegen. So waren gemäß Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF) im August 2021 die Energiepreise rund zweieinhalb Mal so hoch wie auf dem pandemiebedingten Tiefpunkt im April 2020. Sie sind auch höher als vor der Krise. Bei den Preisen für Industrierohstoffe zeigt sich ein ähnliches Bild, auch wenn hier die Preise ihren Höhepunkt wohl bereits überschritten haben. Dennoch war der IWF-Index der Metallpreise im August rund 60 % höher als Ende 2019. Einige Metallpreise, etwa jene für Kupfer, Eisenerz und Zinn, befinden sich aktuell auf oder in der Nähe ihrer Rekordniveaus. Für diese Preisanstiege sind sowohl die steigende Nachfrage im Zuge der wirtschaftlichen Erholung als auch angebotsseitige Faktoren verantwortlich. So waren wegen der Corona-Pandemie Rohstoffminen zeitweise geschlossen.

Ein Barrel Rohöl der Nordseesorte Brent kostete im September rund 75 US-Dollar und damit mehr als zweieinhalbmal so viel wie im April 2020, als mit rund 27 Dollar je Barrel auf Monatsbasis der Tiefpunkt erreicht worden war. Aktuell ist der Ölpreis höher als im Jahr 2019. Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der Anstieg der Rohstoffpreise nur temporär ist. Für den Jahresdurchschnitt 2021 wird von einem Ölpreis von 70 Dollar, für 2022 von 71,5 Dollar je Barrel ausgegangen. Für den Wechselkurs zwischen dem Euro und dem Dollar wird unterstellt, dass er in den beiden Prognosejahren auf dem derzeitigen Niveau von 1,19 Dollar je Euro bleibt.

Monatlich verfügbare Indikatoren wie der OECD-Frühindikator (Abbildung 7) deuten darauf hin, dass sich die weltwirtschaftliche Erholung fortsetzt, aber an Schwung verliert. In den Industrieländern dürften angesichts des Fortschritts der Impfprogramme keine flächendeckenden Lockdowns mehr notwendig sein. Die zum Ende des Sommers in vielen Ländern wieder gestiegenen Zahlen von Neuinfektionen und die Reaktion der Politik darauf stützen die Erwartung, dass auch im Prognosezeitraum allenfalls regional oder auf nicht geimpfte Personen beschränkte Eindämmungsmaßnahmen getroffen werden müssen. Die Erholung in den Dienstleistungsbereichen sollte sich daher fortsetzen. Die Probleme in den globalen Lieferketten dürften den Aufschwung in der Industrie aber noch längere Zeit bremsen und werden wohl erst im kommenden Jahr überwunden werden. In vielen Schwellenländern dürfte es angesichts des geringen

Impffortschritts immer wieder zu neuen Pandemiewellen kommen. Selbst wenn die Regierungen darauf nicht mit strengen Infektionsschutzmaßnahmen reagieren sollten, dürften Verhaltensanpassungen der Bevölkerung die Entwicklung in den kontaktintensiven Dienstleistungen behindern. Stützend wirkt, dass in vielen Industrieländern die Fiskalpolitik noch expansiv ausgerichtet ist. Allmählich dürfte der fiskalpolitische Expansionsgrad aber verringert werden. Auch die Geldpolitik dürfte spätestens gegen Ende des Prognosezeitraums in den meisten Ländern gestrafft werden.

Abbildung 7: OECD-Frühindikator



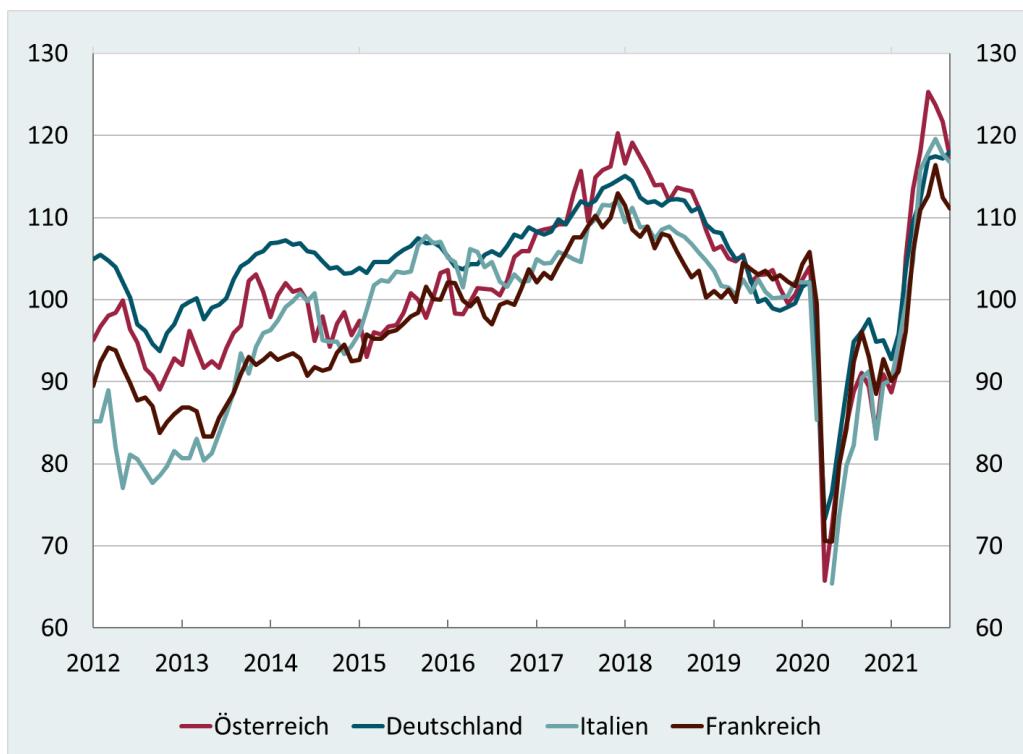
Quellen: OECD, Refinitiv Datastream

Die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe hat dazu geführt, dass sich der Welthandel mit Waren bis zum Frühjahr deutlich belebt hat. Im März 2021 war der Welthandel um 4,5 % höher als im Dezember. Seitdem hat er sich, wohl wegen der Konjunkturabschwächung in China und der Lieferprobleme, allerdings leicht abgeschwächt. Der Welthandel dürfte sich im Prognosezeitraum wieder beleben. In den kommenden Monaten werden die Probleme in den globalen Lieferketten den Warenhandel allerdings noch bremsen. Insgesamt dürfte der Welthandel in den Jahren 2021 und 2022 um 10,4 % bzw. 3,2 % steigen.

Im **Euroraum** brachte das zweite Quartal eine starke Konjunkturerholung. Angesichts des Rückgangs der aktiven Corona-Fälle und des Fortschritts der Impfprogramme hoben die meisten Regierungen die Einschränkungen des öffentlichen Lebens sowie den größten Teil der Reisebeschränkungen auf. Infolgedessen stieg die Wirtschaftsleistung

im Euroraum im Vergleich zum Vorquartal um 2,2 %. Vor allem der private Konsum und die Exporte zogen deutlich an. Die erleichterte Reisetätigkeit dürfte dazu beigetragen haben, dass die Länder, in denen der Tourismus einen großen Anteil an der Wirtschaftsleistung hat, wie Portugal, Spanien, Griechenland und Italien, einen besonders starken Aufschwung verzeichneten. Im Vergleich zum vierten Quartal 2019 war das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum jedoch immer noch um 2,5 % niedriger. Dabei unterscheidet sich die Erholung in den einzelnen Produktionssektoren deutlich, wobei die kontaktintensiven Wirtschaftsbereiche noch weit unter den Vorkrisenniveaus liegen. Frühindikatoren wie der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (Abbildung 8) weisen darauf hin, dass sich der Aufschwung im Prognosezeitraum fortsetzt, dabei allerdings etwas an Fahrt verliert. Insbesondere bremsen die Lieferprobleme die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe. Unterstützt wird die Konjunktur weiterhin durch die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Zudem bleibt die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten unterstützend. Zusätzlich zu den einzelstaatlichen Konjunkturprogrammen werden im Prognosezeitraum Mittel aus dem „Next Generation EU“-Programm fließen.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.

Quellen: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Die Verbraucherpreise wiesen in der ersten Jahreshälfte einen starken Aufwärtsdruck auf. Der Anstieg der Rohstoffpreise, der auf den starken Rückgang während der Rezession im Jahr 2020 folgte, sowie die Lieferengpässe, tragen erheblich zum Anstieg der Inflationsraten bei. Die stärksten Zuwächse sind bei den Preisen für Industriegüter, und hier insbesondere im Bereich Energie, zu verzeichnen. Die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflation erreichte im September 3,4 %, wovon ein großer Teil auf die Energiekomponente zurückzuführen ist. Auch die Kerninflation zog allerdings im Jahresverlauf an.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich im bisherigen Jahresverlauf widerstandsfähig. Nach einem Rückgang im ersten Quartal stieg die Beschäftigung im Euroraum im zweiten Quartal um 0,7 % und liegt nun noch um 1,3 % unter dem Vorkrisenniveau. Die kontaktintensiven Wirtschaftsbereiche haben sich jedoch noch nicht vollständig erholt, während das Baugewerbe und die öffentlichen Dienstleistungen das Niveau von 2019 bereits übertraffen haben. Die harmonisierte Arbeitslosenquote blieb in der ersten Jahreshälfte mit rund 8 % weitgehend stabil und ging im August auf 7,5 % zurück. Sie war damit nur noch um 0,1 Prozentpunkte höher als im Februar 2020, dem Monat, bevor in Europa die Pandemie-Rezession einsetzte. Aufgrund des breiten Einsatzes der Kurzarbeit zeigen sich die Folgen der Pandemie in der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden weitaus stärker als in den Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen. Zuletzt war das Arbeitsvolumen noch um rund 4 % niedriger als vor der Krise.

In den Jahren 2021 und 2022 dürfte die Wirtschaftsleistung im Euroraum um 4,8 % bzw. 4,5 % zunehmen. Die Inflation wird wohl noch längere Zeit hoch bleiben und nur allmählich nachlassen. Die Arbeitsmarktlage dürfte sich weiter verbessern (Tabelle 2). Für die EU-27 ergibt sich in beiden Jahren eine um 0,2 Prozentpunkte höhere Wachstumsrate. Für die Gruppe der OECD-Länder wird ein Zuwachs von 4,9 % im heurigen sowie 4,0 % im kommenden Jahr erwartet, für die globale Wirtschaftsleistung beläuft sich die Prognose auf 5,5 % bzw. 4,4 %.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2020	2021	2022
BIP-Wachstum	-6,3	4,8	4,5
Arbeitslosenquote	7,9	7,7	7,2
Inflation HVPI	0,3	2,3	1,9

Quellen: Eurostat, ab 2021 Prognose des IHS

Nach wie vor dominiert die Corona-Pandemie die globalen Konjunkturrisiken. Sollten sich neue Virusvarianten bilden, die gegen die bestehenden Impfstoffe resistent sind, würde dies den weltwirtschaftlichen Aufschwung erheblich belasten. Die Gefahr des

Entstehens neuer Virusmutanten ist umso größer, je länger es dauert, bis der überwiegende Teil der Weltbevölkerung vollständig immunisiert ist. Sollten die Probleme in den globalen Lieferketten länger bestehen bleiben als hier unterstellt, würde dies den Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe bremsen. Ein weiteres Risiko stellt der Rohstoffpreisanstieg dar. Sollte er sich verfestigen, besteht die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale. In dem Maße, in dem dadurch die Inflationserwartungen steigen, könnten sich die Notenbanken gezwungen sehen, früher als beabsichtigt die geldpolitischen Zügel anzuziehen. Dies würde den weltwirtschaftlichen Aufschwung bremsen. Zudem würde ein starker Konjunktureinbruch in China infolge der Probleme im dortigen Immobiliensektor über den Handelskanal die Weltwirtschaft belasten.

Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass der globale Aufschwung stärker als hier unterstellt verläuft, etwa wenn die während des Lockdowns gebildeten Sparpolster stärker und schneller als unterstellt aufgelöst werden. Allerdings würde dies auch ein Aufwärtsrisiko für die Inflation darstellen. Weiteres Potenzial für eine kräftigere Erholung ergibt sich durch mögliche höhere Nachfragewirkungen der expansiven US-Fiskalpolitik sowie dann, wenn es gelingt, die Corona-Pandemie weltweit schnell und nachhaltig unter Kontrolle zu bringen, etwa durch rascher voranschreitende Impfprogramme.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **Vereinigten Staaten** hat bereits zu Jahresbeginn Fahrt aufgenommen. Als im Winter in vielen Ländern noch drastische Lockdown-Maßnahmen notwendig waren, war die US-Wirtschaft bereits durch einen starken Aufschwung geprägt. Das BIP-Wachstum betrug im ersten und zweiten Quartal 1,5 % bzw. 1,6 % gegenüber dem jeweiligen Vorquartal, nachdem im Jahresdurchschnitt 2020 infolge der Corona-Krise ein Einbruch um 3,4 % verzeichnet worden war. Ein Grund für die rasche Erholung war der rapide Impffortschritt in der ersten Jahreshälfte. Mittlerweile zählt man über 390 Mio. verabreichte Impfdosen, allerdings hat das Impftempo zuletzt nachgelassen. Überdies hat sich im Laufe des Sommers eine erneute Infektionswelle ausgebreitet.

Der Aufschwung wurde insbesondere durch die Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte getragen. Unterstützung kommt auch durch die schnelle Erholung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ist von einem Höchststand von 14,8 % nach Ausbruch der Krise im April letzten Jahres kontinuierlich auf zuletzt 5,2 % (August) gefallen. Sowohl die Beschäftigung als auch die Löhne zeigen positive Trends. Die Beschäftigung im privaten Sektor gab in den letzten sechs Monaten mit im Schnitt über 650.000 neuen Stellen pro Monat ein klares Signal für die Stärke des Aufschwungs. Auch

die Stundenlöhne zeigten im gleichen Zeitraum mit einem durchschnittlichen Plus von 4,2 % eine positive Dynamik.

Eine Reihe von coronabedingten Sondereffekten lässt die Inflationsrate in die Höhe schnellen. Dazu zählen Engpässe und Unterbrechungen internationaler Lieferketten, aber auch der Nachfrageüberhang bei manchen inländischen Gütern, wie zum Beispiel Gebrauchtwagen. Bei der jährlichen Veränderung des Verbraucherpreisindex (5,2 % im August) kommt aber vor allem der Basiseffekt zum Tragen, welcher durch den Preisverfall im vergangenen Jahr entstanden ist. Es steht voraussichtlich eine Straffung der Geldpolitik kurz bevor: Eine Reduktion der monatlichen Anleihekäufe (*Tapering*) und damit der erste Schritt zum Ende der quantitativen Lockerung dürfte bald eingeläutet werden. Zudem wurde der Beginn eines Leitzinsanhebungszyklus für nächstes Jahr in Aussicht gestellt. Bis dahin bleibt die Geldpolitik neben der expansiven Fiskalpolitik (*American Rescue Plan*) ein wichtiger Treiber des Aufschwungs. Ein Teil des angekündigten Infrastrukturpakets (*American Jobs Plan*) in Höhe von 550 Milliarden US-Dollar wurde im August im Senat beschlossen (*Infrastructure Investment and Jobs Act*). Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 5,8 % im laufenden Jahr und von 4,0 % im nächsten Jahr.

In **Japan** stieg die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 0,5 % im Vergleich zum Vorquartal und um 7,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Trotz einer Dämpfung durch die Verhängung eines dritten Corona-Notstands im zweiten Quartal nahmen sowohl der private und der öffentliche Konsum als auch die Investitionen zu. Die Nettoexporte trugen hingegen negativ zum BIP-Wachstum bei, da die Zunahme der Exporte durch Engpässe bei der Halbleiterversorgung der Industrie gebremst wurde. Von den Olympischen Spielen im Sommer gingen pandemiebedingt nur schwache wirtschaftliche Impulse aus.

Der vierte Corona-Notstand von Juli bis Ende September hat den privaten Konsum, insbesondere in kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen, spürbar gedämpft. Der Einkaufsmanagerindex im Dienstleistungsbereich hat seit dem Einbruch im vergangenen Jahr die Expansionsschwelle von 50 Punkten noch nicht wieder erreicht. Im August fiel der Index auf 42,9 Punkte. Die Arbeitslosenquote blieb im Juli mit 2,8 % auf einem niedrigen Niveau. Die Inflation betrug im August –0,4 % und wurde hauptsächlich durch die stark rückläufigen Preisen für Transport und Kommunikation und die Verlängerung des Corona-Notstands beeinflusst. Für das vierte Quartal dieses Jahres wird mit einer Beschleunigung der Erholung gerechnet. Dabei werden die Investitionen und die Konsumausgaben durch die expansive Finanz- und Geldpolitik weiter unterstützt. Auch die starke Auslandsnachfrage, insbesondere aus den USA und China, dürfte trotz der Probleme bei den internationalen Lieferketten die BIP-Expansion stützen. Der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe liegt bereits seit Februar über der

Schwelle von 50 Punkten. Insgesamt dürfte das BIP im Jahr 2021 um 2,5 % zulegen. Im Jahr 2022 dürfte die Wirtschaftsleistung, getrieben von einem stärkeren privaten Konsum, um 2,3 % steigen.

In der **Volksrepublik China** expandierte die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 7,9 % im Jahresabstand und um 1,3 % gegenüber dem Vorquartal. Nach der kräftigen Expansion im ersten Quartal hat sich die Wirtschaftsdynamik spürbar verlangsamt. Die nachlassenden Exportaufträge sowie die steigenden Rohstoffpreise und regionale Stromengpässe belasten die Konsumgüterproduktion. Andererseits haben die Exporte von medizinischen und pharmazeutischen Produkten sowie von Halbleitern und Home-Office-Produkten stark zugenommen. Nach einem Rückgang auf 49,2 Punkte im August infolge pandemiebedingter Störungen von Produktion und Lieferketten verbesserte sich der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe im September und erreichte wieder die Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Gleichzeitig hat sich die Dynamik der Importe infolge des steigenden privaten Konsums beschleunigt. Die Stimmung im Dienstleistungsbereich hat sich deutlich eingetrüb. Nachdem der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor im Juli noch bei 54,9 lag, sank er im August auf 46,7 Punkte. Um die regional begrenzten Pandemieausbrüche zu bremsen, reagierten die chinesischen Behörden mit strengen Eindämmungsmaßnahmen, welche zu deutlichen Einbußen für die inländische Reisebranche und weitere Dienstleistungssektoren führten. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im August infolge steigender Transport- und Nachrichtenübermittlungspreise um 0,8 %.

In der Prognoseperiode wird die Regierung eine zweigleisige Entwicklungsstrategie (*Dual Circulation Strategie*) verfolgen. Diese zielt darauf ab, sowohl die Binnennachfrage anzukurbeln als auch die Exporte zu stimulieren. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 um 8,0 % wachsen und damit das Wachstumsziel der Regierung von 6 % übertreffen. Dämpfende Effekte könnten von der Verschärfung der Regulierungen in vielen Bereichen der chinesischen Wirtschaft, darunter im Immobiliensektor, sowie von den Engpässen bei der Stromversorgung der Industriebetriebe und Haushalte kommen. Im Jahr 2022 dürfte die chinesische Wirtschaft an Fahrt verlieren, da die anfänglich aufgestaute Nachfrage nachlässt und die politische Unterstützung zurückgefahren wird. Die Expansion der Wirtschaftsleistung dürfte im Jahr 2022 5,3 % betragen. Von den Winterspielen im Februar 2022 dürften nur schwache wirtschaftliche Impulse ausgehen, da pandemiebedingt nur chinesisches Publikum teilnehmen darf.

In **Deutschland** ist das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal um 1,6 % gestiegen, nach einem Rückgang um 2,0 % im ersten Jahresviertel. Damit war die Wirtschaftsleistung noch um 3,3 % niedriger als Ende 2019. Im Sommer profitierte die deutsche Wirtschaft von der Aufhebung der meisten Infektions-

schutzmaßnahmen. Damit stieg in den Dienstleistungen die Wertschöpfung deutlich. Dagegen verlor die Erholung in der Industrie an Schwung. Hier machten sich Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten bemerkbar. Diese verhinderten, dass die hohen Auftragsbestände zügig abgearbeitet werden konnten. Dies spiegelte sich in umfragebasierten Indikatoren wider. So beurteilten im September die vom ifo Institut befragten Unternehmen ihre aktuelle Lage in fast allen Wirtschaftsbereichen positiv, waren aber skeptischer hinsichtlich der Erwartungen. Die Exporterwartungen in der Industrie waren zuletzt zwar nicht mehr so optimistisch wie im Frühjahr, haben sich aber von ihrem im August erlittenen Rückgang erholt.

Wenngleich verschiedene Ursachen zu den Engpässen bei Rohstoffen und Vorprodukten führten, dürften die meisten davon nur vorübergehend sein. Eine wichtige Folge der Materialknappheit ist, dass die Preise für diese Güter kräftig gestiegen sind. Dies wirkt über Erzeuger- und Großhandelspreise auf die Verbraucherpreise durch. Zu Jahresbeginn haben zunächst die Anhebung der Mehrwertsteuersätze und die Ausweitung der CO₂-Abgabe die Inflation angeheizt. Inzwischen wirken die gestiegenen Preise für Rohstoffe und Vorprodukte durch die Produktionsketten durch und kommen nach und nach bei den Verbraucherpreisen an. So ist die Verbraucherpreisinflation von 1,0 % im Jänner auf 4,1 % im September gestiegen. Der hohe Preisauftrieb dürfte noch einige Monate anhalten und dann allmählich nachlassen.

Die Zahl der Personen in Kurzarbeit ist deutlich zurückgegangen. Im Bereich der Dienstleistungen wie etwa dem Gastgewerbe sank sie in Folge der Lockerungen in den vergangenen Monaten deutlich. In der Industrie allerdings dürfte aufgrund der Engpässe in den Lieferketten die Inanspruchnahme der Kurzarbeit erst im Laufe des ersten Quartals 2022 wieder auf das Vorkrisenniveau sinken. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahresdurchschnitt 2021 insgesamt etwa auf dem Niveau des Vorjahres liegen, im kommenden Jahr dann aber deutlich zulegen. Die Arbeitslosigkeit ist im Zuge der wirtschaftlichen Erholung spürbar gesunken. Im September 2021 belief sich die Arbeitslosenquote auf 5,4 %, verglichen mit 6,2 % im September 2020 und 4,9 % vor zwei Jahren. Spiegelbildlich ist die Zahl der offenen Stellen kräftig gestiegen, und immer mehr Unternehmen berichten von einem Arbeitskräftemangel. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklungen erwartet das Institut, dass die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2021 und 2022 um 2,8 % bzw. 5,0 % zulegen wird.

Italiens Wirtschaft konnte seit dem Frühsommer aufholen. Nach dem coronabedingt verhaltenen Verlauf zu Jahresbeginn stieg das BIP-Wachstum im Zuge der Öffnungsmaßnahmen im zweiten Quartal 2021 auf 2,7 % gegenüber dem Vorquartal. Der private Konsum trieb die Erholung mit einem Zuwachs von 5,0 % gegenüber dem ersten Quartal. Die Bruttoanlageinvestitionen und die Exporte lieferten mit Anstiegen von 2,4 % bzw. 3,2 % ebenfalls spürbare Wachstumsbeiträge. Sowohl der Einzelhandel

als auch die Industrie haben zwischen April und Juni im Schnitt zweistellige Zuwächse gegenüber den Vergleichsmonaten im Vorjahr verzeichnen können (18,8 % bzw. 38,0 %), womit nahezu das Vorkrisenniveau erreicht wurde. Nach einem Höchststand zu Beginn des Jahres (10,2 %) zeigte die Arbeitslosenquote einen leichten Rückgang auf 9,3 % im August. Der Impffortschritt hat zwar im Laufe des zweiten Quartals eine Öffnung der Wirtschaft ermöglicht, der internationale Tourismus blieb aber im ersten Halbjahr insgesamt noch weit unter der Normalauslastung. Im Laufe des Sommers dürfte eine Wiederbelebung des Reiseverkehrs stattgefunden haben. Unterstützt durch die umfangreichen „Next Generation EU“-Mittel, welche im Juli genehmigt wurden und wonach 68,9 Mrd. Euro an Zuschüssen und 122,6 Mrd. Euro an Krediten in den nationalen Wiederaufbauplan (*Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza*) fließen, wird sich ein solider Aufschwung voraussichtlich im nächsten Jahr fortsetzen. Das Institut erwartet für das Jahr 2021 ein BIP-Wachstum von 5,5 % und einen Zuwachs von 4,5 % im Jahr 2022.

Mit den Lockerungsmaßnahmen im Laufe des zweiten Quartals hat die Konjunktur in **Frankreich** einen kräftigen Schub erfahren. Unterstützt durch die Wiederbelebung des privaten Konsums und der Investitionen verzeichnete das BIP einen Zuwachs von 1,1 % gegenüber dem ersten Quartal 2021, in welchem das BIP infolge der Restriktionen stagniert hatte. Der Konsum der privaten Haushalte wird voraussichtlich ein wichtiger Treiber des Aufschwungs bleiben. Die Sparquote der Haushalte ist seit dem Ausbruch der Corona-Krise erhöht und lag auch im zweiten Quartal 2021 noch bei 21,4 %. Es ist davon auszugehen, dass eine Verringerung in Richtung des langfristigen Schnitts von rund 15,0 % stattfinden wird. Die Arbeitslosenquote lag im August bei 8,0 % und zeigte insgesamt durch die Kurzarbeit während der Corona-Krise eine relativ stabile Entwicklung. Einige Vorlaufindikatoren geben einen Hinweis darauf, dass die Erholung ihren vorläufigen Höhepunkt über den Sommer erreicht hat. Setzt sich der Aufschwung wie erwartet fort, dann werden die Wirtschaftsaktivitäten das Vorkrisenniveau gegen Ende des Jahres 2021 wieder erreichen. Ein zusätzlicher fiskalischer Konjunkturimpuls wird durch den mittelfristigen Wiederaufbauplan (*France Relance*) erwartet, welcher sich auf 100 Mrd. Euro beläuft (davon 40 Mrd. Euro von der EU). Das Institut rechnet im laufenden und im kommenden Jahr mit einem BIP-Wachstum von 6,0 % bzw. 4,0 %.

Das Bruttoinlandsprodukt im **Vereinigten Königreich** ist im vergangenen Jahr um 9,7 % geschrumpft und im zweiten Quartal des laufenden Jahres kräftig gewachsen (5,5 % gegenüber dem Vorquartal). Der Impfschutz konnte zügig ausgeweitet werden und die gesundheitspolitischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens wurden fast gänzlich zurückgefahren, was die Nachfrage nach Dienstleistungen spürbar stimulierte und das Wachstum trug. Das Handelsvolumen lag noch deutlich unterhalb des Niveaus vom Jahr 2019, was zum Teil auf die Friktionen im Zusammenhang mit dem Brexit zurückzuführen

sein dürfte. Die Warenexporte und -importe belebten sich im zweiten Quartal, während die Industrieproduktion nach starken Wachstumsraten in den Vormonaten (gegenüber dem Vorjahr) im Juli wieder stagnierte. Die Markit/CIPS Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor sind zuletzt leicht zurückgegangen. Beide Indikatoren lagen allerdings im September mit Werten von 57,1 Punkten (Verarbeitendes Gewerbe) bzw. 54,6 Punkten (Dienstleistungen) noch deutlich über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten.

Die britische Regierung verfolgt einen Kurs der Lockerung der Corona-Beschränkungen, und dementsprechend wurden die Eindämmungsmaßnahmen weitgehend aufgehoben. Obwohl die Impfquote in der Bevölkerung hoch ist und ein großer Teil der Bevölkerung nach überstandener Infektion immunisiert ist, liegt die Anzahl der Neuinfektionen auf einem relativ hohen Niveau. Die Krankenhausbelegung und die neuregistrierten Todesfälle haben sich zwar ebenfalls erhöht, bleiben aber bislang deutlich unter früheren Werten, was wohl der hohen Impfquote geschuldet ist. Die Geldpolitik wirkt mit niedrigen Leitzinsen und einem umfangreichen Anleihekaufprogramm weiterhin stimulierend, obwohl sich der Preisauftrieb zuletzt spürbar verstärkt hat. Die Inflation liegt seit Mai über 2 % und stieg im August auf 3,2 %. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahresanfang deutlich zurückgegangen und lag im Juni bei 4,6 %. Die Anzahl der ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit hat sich im zweiten Quartal deutlich verringert und dürfte im kommenden Jahr vollständig auslaufen. Der Aufschwung, gekoppelt mit dem Wegfall an Arbeitskräften infolge des Brexit, dürfte dazu führen, dass das Angebot auf dem Arbeitsmarkt nur allmählich der starken Nachfrage mit zuletzt rekordhohen Stellenangeboten nachkommt. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden und im kommenden Jahr um 6,5 % bzw. 5,5 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** hat sich im vergangenen Jahr im internationalen Vergleich mit einem Rückgang von 2,5 % sehr gut entwickelt und ist im zweiten Quartal des laufenden Jahres um 1,8 % (gegenüber dem Vorquartal) gewachsen. Nach den Lockerungsschritten im Frühling hat in der Binnenwirtschaft wie erwartet eine zügige Erholung begonnen, die Einzelhandelsumsätze stiegen mit der Wiederöffnung des stationären Einzelhandels sprunghaft an. Insbesondere bei den Konsumbereichen, die aufgrund der Pandemie über längere Zeit stark eingeschränkt waren, wie im Gastgewerbe und in der Veranstaltungsbranche, dürften im laufenden Jahr erhebliche Aufholeffekte verzeichnet werden. Gleichzeitig ist die Industrieproduktion kräftig gestiegen, gestützt von der Nachfrage bei wichtigen Handelspartnern. Die Frühindikatoren deuten auf weitere Zuwächse im Industrie- und im Dienstleistungssektor hin. Der Einkaufsmanagerindex der Industrie etwa betrug im September 68,1 Punkte und lag damit nur leicht unterhalb seines historischen Höchststandes von 71,1 Punkten im Juli. Auch der Einkaufsmanagerindex des Dienstleistungssektors lag deutlich über der

Wachstumsschwelle. Von einer positiven Stimmung zeugt auch die belebte Investitionstätigkeit, die von den nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen profitiert. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich entspannt und die nationale Arbeitslosenquote ist nach ihrem Höchststand im Jänner (3,7 %) kontinuierlich zurückgegangen. Im August betrug sie 2,7 %, dies war der niedrigste Wert seit Februar des vergangenen Jahres. Das KOF-Konjunkturbarometer deutet allerdings auf eine Abschwächung der wirtschaftlichen Erholung hin. Die jüngsten Daten vom September zeigen einen Höchststand im Mai und seitdem einen leichten Rückgang. Insgesamt erwartet das Institut im Prognosezeitraum ein BIP-Wachstum von zunächst 3,5 % und anschließend 3,3 %.

Nach dem Einbruch im Vorjahr hat sich die Wirtschaftsleistung der **mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL)** im ersten Halbjahr dieses Jahres kräftig erhöht. Während andauernde Infektionsschutzmaßnahmen infolge hoher Neuinfektionsraten die Wirtschaftstätigkeit im ersten Quartal noch belastet haben, legte sie im zweiten Quartal stark zu. Insgesamt profitierte der exportorientierte Industriesektor von der globalen Erholung, trotz Lieferengpässen bei Vorprodukten für die europäische Automobilindustrie. Da sich in den meisten Ländern die Importe schneller als die Exporte ausweiteten, trugen die Nettoexporte im zweiten Quartal nur in der Slowakei und in Kroatien positiv zum BIP-Wachstum bei. Die kräftige Erholung des privaten Konsums im zweiten Quartal stützte zusammen mit den Investitionen das BIP-Wachstum in allen MOE-Ländern. Auch die Bauproduktion stützte die Expansion, trotz einer Knappheit bei wichtigen Rohstoffen wie Holz und Eisen.

Die Indikatoren für das dritte Quartal deuten darauf hin, dass sich die Wirtschaftstätigkeit weiterhin positiv entwickelte, allerdings schwächte sich die Erholung infolge eines nachlassenden Basiseffekts ab. Der private Konsum dürfte im Prognosezeitraum ein wesentlicher Motor des Aufschwungs sein. Zusätzlich werden die Auszahlungen aus dem EU-Haushalt 2021 bis 2027 und insbesondere Zahlungen für Investitionsvorhaben im Rahmen des „Next Generation EU“-Programms die Wirtschaftsleistung in den mittel- und osteuropäischen Ländern substanziell unterstützen. Insgesamt ist in diesem Jahr ein durchschnittlicher Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den MOEL-5 um 4,8 % zu erwarten. Damit sollte die Wirtschaftsleistung in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern bereits bis Jahresende wieder ihr Vorkrisenniveau erreichen. Im Jahr 2022 dürfte die Wirtschaftsleistung der MOEL-5 um 4,9 % expandieren.

In **Tschechien** stieg das BIP im zweiten Quartal um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich nahm es um 8,2 % zu. Steigende Energiepreise führten zu einer Erhöhung der Inflationsrate auf 3,1 % im August. Aufgrund des zunehmenden Inflationsdrucks infolge einer Kombination aus starker Konsumneigung der Haushalte

und stark steigender Löhne wegen fehlender Arbeitskräfte wurde die Geldpolitik im Laufe dieses Jahres mehrmals gestrafft. Die Arbeitslosenquote blieb mit 2,8 % im Juli niedrig. Die Inlands- und die Auslandsnachfrage dürften die Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum stützen. Andauernde Unterbrechungen in den europäischen Automobil-Lieferketten aufgrund einer Knappheit an elektronischen Bauteilen könnten hingegen die Erholung bremsen. Nach einer Expansion um 3,3 % im Jahr 2021 dürfte sich die BIP-Dynamik im Jahr 2022 auf 4,8 % beschleunigen.

In **Ungarn** stieg die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 2,7 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich nahm sie um 17,7 % zu. Damit überschritt die Wirtschaftsleistung bereits das Vorkrisenniveau. Die Arbeitslosigkeit sank im Jahresvergleich um 0,2 Prozentpunkte und betrug im Juli 4,3 %. Die Teuerungsrate erhöhte sich auf 4,9 % im August. Die Kombination aus angebotsseitigem Preisdruck und starker Nachfrage hat den Inflationsdruck verstärkt. Infolgedessen hat die Zentralbank im Juni einen geldpolitischen Straffungszyklus eingeleitet. Die rasche Durchimpfung der Bevölkerung sollte die Erholung des privaten Konsums im laufenden Jahr beschleunigen. Weitere Wachstumstreiber im Prognosezeitraum bleiben die öffentlichen Investitionen und die dynamischen Industrieexporte. Die Wirtschaftsleistung dürfte um 6,8 % im Jahr 2021 und um 5,0 % im Jahr 2022 expandieren.

Im zweiten Quartal erhöhte sich in **Polen** die Wirtschaftsleistung um 2,1 % gegenüber dem Vorquartal und um 11,0 % gegenüber dem Vorjahresquartal – damit überschritt sie bereits das Vorkrisenniveau. Durch die beträchtlichen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen blieb die Arbeitslosenquote im Juli mit 3,4 % unverändert gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund steigender Energie- und Lebensmittelpreise erhöhte sich die Inflation im August auf 5 %. Trotz steigenden Inflationsdrucks dürfte die polnische Zentralbank in diesem Jahr noch keine Straffung der Geldpolitik einleiten. In den beiden Prognosejahren sollten die öffentlichen Investitionen zusammen mit dem privaten Konsum, der von weiteren Steuersenkungen profitieren sollte, das BIP-Wachstum stützen. Die Wirtschaftsleistung dürfte im Jahr 2021 um 4,8 % und im Jahr 2022 um 5,0 % zunehmen.

In der **Slowakei** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 2,0 % gegenüber dem Vorquartal und um 10,2 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahrs. Impulse kamen sowohl von den Nettoexporten als auch von der Inlandsnachfrage. Allerdings erreichte die Wirtschaft noch nicht das Vorkrisenniveau. Die Arbeitslosenquote lag im Juli bei 6,6 % und damit um 0,5 Prozentpunkte unter dem Juli-Niveau des Vorjahrs. Die Inflation erhöhte sich im August auf 3,3 % infolge höherer internationaler Transportkosten und vorübergehender Unterbrechungen der Lieferketten. Die Erholung des privaten Konsums und der Investitionen sowie die Belebung der Auslandsnachfrage werden das BIP-Wachstum im Prognosezeitraum

stützen. Lieferengpässe bei Vorprodukten in der Automobilindustrie dürften die BIP-Expansion hingegen bremsen. Auch die niedrige Durchimpfungsrate könnte die Wirtschaftsdynamik beeinträchtigen. Das BIP dürfte in diesem und im nächsten Jahr um 3,5 % bzw. 4,8 % wachsen.

In **Slowenien** expandierte das BIP im zweiten Quartal um 1,9 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 15,7 % im Vorjahresvergleich. Die Indikatoren deuten auf eine Abkühlung des Vertrauens der KonsumentInnen und der Unternehmen im dritten Quartal hin. Die Teuerungsrate stabilisierte sich und betrug im August 2,1 %. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich auf 4,0 % im Juli, was einer Reduktion um 1,3 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich entspricht. Die weiterhin expansive Fiskal- und Geldpolitik dürfte die Inlandsnachfrage im Prognosezeitraum stützen, während die Exporte von der Belebung der Auslandsnachfrage profitieren sollten. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2021 und 2022 um 6,8 % bzw. um 4,5 % expandieren.

Im zweiten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in **Rumänien** um 1,8 % gegenüber dem Vorquartal und um 13,6 % im Vorjahresvergleich und überschritt damit das Vorkrisenniveau. Aufgrund der starken Inlandsnachfrage nahmen die Importe schneller als die Exporte zu und das Leistungsbilanzdefizit weitete sich deutlich aus. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Juli um 0,4 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich auf 5,1 %. Die Inflation beschleunigte sich infolge steigender Energiepreise und betrug im August 4,0 %. Aufgrund des weiteren Inflationsdrucks hat die Zentralbank Anfang Oktober den Leitzins angehoben. Konjunkturstützend wirken in der Prognoseperiode neben der expansiven Fiskal- und Geldpolitik auch die EU-Mittel, die sowohl im Jahr 2021 als auch im Jahr 2022 für Infrastrukturinvestitionen eingesetzt werden. Getragen von der Inlandsnachfrage dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2021 und 2022 um 7,0 % bzw. um 5,0 % expandieren. Die sehr niedrige Impfquote stellt aber ein Prognoserisiko dar.

Getrieben von den Warenexporten und der Inlandsnachfrage nahm das Bruttoinlandsprodukt in **Kroatien** im zweiten Quartal um 16,1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Im Vorquartalsvergleich schrumpfte es um 0,2 %. Die Lockerung der Reisebeschränkungen dürfte im Sommer zu einer Belebung des Tourismus geführt haben. Infolgedessen wird die Arbeitslosigkeit, die im Juli 7,3 % betrug, wohl weiter sinken. Nach einer negativen Entwicklung im Vorjahr erhöhte sich die Inflationsrate im August auf 3,1 %. In diesem und im nächsten Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt infolge einer starken Erholung der Inlandsnachfrage und des Tourismus voraussichtlich um 7,5 % bzw. 4,3 % zunehmen.

Im zweiten Quartal wuchs die Wirtschaftsleistung in **Bulgarien** um 0,6 % im Vorquartalsvergleich und um 9,9 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die

Inlandsnachfrage stützte das BIP-Wachstum. Dabei verringerte sich die Arbeitslosenquote im Juli auf 5,9 %. Die Inflation erhöhte sich infolge höherer Energie- und Nahrungsmittelpreise auf 2,5 % im August. Die zunehmende Dynamik der Investitionen und des privaten Konsums, gestützt von steigenden Löhnen und niedrigen Zinsen, sowie eine Belebung des Tourismus dürften das Bruttoinlandsprodukt in diesem und im nächsten Jahr um jeweils 4,3 % erhöhen. Die niedrige Durchimpfungsrate stellt vor dem Hintergrund einer vierten Infektionswelle ein Abwärtsrisiko für die Prognose dar.

In **Russland** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr dieses Jahres um 4,8 % im Vorjahresvergleich. Damit erreichte sie bereits im zweiten Quartal wieder das Vorkrisenniveau. Gestützt wurde die Entwicklung im zweiten Quartal durch eine Erholung des privaten Konsums, wobei der Zuwachs der verfügbaren Einkommen sowie die allmähliche Rücknahme der Spartätigkeit der Haushalte als Hauptwachstumstreiber wirkten. Die Wiederbelebung der Exporte infolge einer starken globalen Rohstoffnachfrage stützte die Industrieproduktion, deren Aktivität in der ersten Hälfte dieses Jahres bereits wieder oberhalb des Vorkrisenniveaus lag. Mengenmäßig expandierte die Produktion von Erdgas, Kohle, Düngemitteln, Rohholz und einigen Metallen erheblich, zugleich waren zum Teil stark gestiegene Weltmarktpreise für Rohöl und andere Rohstoffe zu verzeichnen. Die Erholung der Inlands- wie der Auslandsnachfrage führte im Laufe der ersten Jahreshälfte zu einer deutlichen Zunahme der Inflation, die im August 6,7 % betrug. Um den Inflationsanstieg einzudämmen, hob die Zentralbank den Leitzins Mitte September auf 6,75 % an.

Im Prognosezeitraum dürfte sich der private Konsum weiter erholen, gestützt durch steigende Realeinkommen und eine verbesserte Arbeitsmarktlage. Die Anlageinvestitionen werden voraussichtlich zügig expandieren – auch vor dem Hintergrund des seit dem Frühjahr 2020 aufgestockten Nationalen Wohlfahrtsfonds, aus dem öffentliche Investitionsprojekte finanziert werden. Die kräftige globale Nachfrage nach Rohstoffen, die Erhöhung der Öl-Fördermenge im Juli und das Auslaufen des OPEC+-Produktionsabkommens im nächsten Jahr dürften die Exporttätigkeit steigern. Die Ausbreitung der Delta-Variante von SARS-CoV-2 sowie die geringe Impfquote könnten hingegen einen hemmenden Faktor für die Wirtschaft darstellen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung Russlands in den Jahren 2021 und 2022 um 4,0 % bzw. 2,8 % expandieren.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020	2021	2022
BIP, real					
Deutschland	1,1	1,1	-4,6	2,8	5,0
Italien	0,9	0,3	-8,9	5,5	4,5
Frankreich	1,9	1,8	-7,9	6,0	4,0
Vereinigtes Königreich	1,7	1,7	-9,7	6,5	5,5
Schweiz	2,9	1,2	-2,5	3,5	3,3
USA	2,9	2,3	-3,4	5,8	4,0
Japan	0,6	0,3	-4,8	2,5	2,3
China	6,7	6,0	2,3	8,0	5,3
Polen	5,4	4,7	-2,7	4,8	5,0
Slowakei	3,7	2,5	-4,8	3,5	4,8
Tschechien	3,2	3,0	-5,8	3,3	4,8
Ungarn	5,4	4,6	-5,0	6,8	5,0
Slowenien	4,4	3,3	-4,2	6,8	4,5
MOEL-5 ⁱ	4,8	4,1	-3,9	4,8	4,9
Bulgarien	3,1	3,7	-4,2	4,3	4,3
Rumänien	4,5	4,1	-3,9	7,0	5,0
Kroatien	2,8	2,9	-8,0	7,5	4,3
Russland	2,8	2,0	-3,0	4,0	2,8
Euroraum	1,9	1,5	-6,3	4,8	4,5
NMS-6 ⁱⁱ	4,6	4,2	-4,0	5,3	4,9
EU-27	2,1	1,8	-5,9	5,0	4,7
OECD	2,3	1,6	-4,9	4,9	4,0
Welt	3,4	2,7	-3,4	5,5	4,4
Welthandel (Waren laut CPB)	3,4	-0,3	-5,4	10,4	3,2
Österreichische Exportmärkte	4,0	2,1	-8,8	8,2	6,7
USD/EUR Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,18	1,12	1,14	1,19	1,19
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	71,7	64,2	41,8	70,0	71,5

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, ab 2021 Prognose des IHS

3 Die österreichische Außenwirtschaft

Der internationale Aufschwung treibt die dynamische Entwicklung der **österreichischen Außenwirtschaft** seit Jahresbeginn. Laut Daten des CPB haben die globale Industrieproduktion und der Welthandel das Vorkrisenniveau bereits übertroffen. Allerdings sind die Industrieproduktion seit Jahresbeginn und der Welthandel seit Frühjahr nicht weiter gestiegen. Infolge der weltwirtschaftlichen Erholung haben die österreichischen Warenexporte in den vergangenen Monaten eine sehr positive Entwicklung verzeichnet, welche zwar voraussichtlich mit geringerem Tempo noch anhalten wird, aber zunehmend durch Störfaktoren im internationalen Handel getrübt wird. Der internationale Reiseverkehr hinkt dieser Entwicklung hinterher. Zudem fielen die Preissteigerungen international gehandelter Waren und Dienstleistungen im ersten Halbjahr höher aus als erwartet, was überwiegend auf coronabedingte Sonderfaktoren wie Unterbrechungen globaler Lieferketten und Lieferengpässe sowie die ansteigende globale Nachfrage zurückgeführt werden kann. Sich hartnäckig haltende Handelsfraktionen sowie angebotsseitige Beschränkungen stellen neben erneuten Corona-Ausbrüchen das größte Abwärtsrisiko für die Entwicklung der Außenwirtschaft dar.

Österreichs Exporte i.w.S. laut VGR sind im Jahr 2020 real um 10,8 % eingebrochen. Nachdem im ersten Quartal 2021 durch den Ausfall des Wintertourismus insgesamt ein Exportrückgang verzeichnet wurde, kam es seit dem Frühjahr zu einem starken Aufhol-effekt. Die Warenexporte erreichten bereits im ersten Halbjahr das Vorkrisenniveau und dies steht damit im Einklang mit der starken Dynamik des globalen Güterhandels. Die Exportauftragsbestände und Exporterwartungen heimischer Unternehmen bleiben auf einem soliden Niveau. Vorlaufindikatoren weisen generell auf eine weiterhin positive Entwicklung der Exportwirtschaft hin, ein kräftigeres Wachstum der Güterexporte im zweiten Halbjahr 2021 wird aber als eher unwahrscheinlich eingestuft. Österreichs reale Warenexporte dürften im laufenden Jahr um 11,6 % und im kommenden Jahr um 4,0 % zunehmen.

Der Rückgang der Reiseverkehrsexporte lag im vergangenen Jahr bei 43,9 %, und im ersten Quartal 2021 wurde infolge der Schließung von Gastronomie und Beherbergung nahezu ein Totalausfall verzeichnet. Den Öffnungsschritten folgte bereits im Verlauf des zweiten Quartals eine sehr rasche Erholung im internationalen Reiseverkehr und in der Folge auch des heimischen Sommertourismus. Der Personenflugverkehr auf Österreichs Flughäfen ist bis August auf circa 70 % der Auslastung von Anfang 2020 zurückgekehrt. Die ausländischen Nächtigungen lagen im zweiten Quartal schon deutlich über jenen des vergangenen Jahres. Im August wurden mit 14,5 Mio. um rund 30 % mehr Nächtigungen ausländischer Gäste verbucht als im Vergleichsmonat des Jahres 2020. Damit wurde

bereits fast das Vergleichsniveau der Nächtigungen vom Vorkrisensommer 2019 erreicht (14,8 Mio.). Infolge des Ausfalls zu Jahresbeginn ergibt sich allerdings für das gesamte Jahr 2021 voraussichtlich ein Rückgang der Reiseverkehrsexporte von 15,0 %. Unter der Annahme, dass keine signifikanten behördlichen Einschränkungen oder Reise-restriktionen vorgenommen werden, geht das Institut für das Jahr 2022 von einem Anstieg von 95,0 % aus.

Insgesamt dürften die realen Exporte i.w.S. laut VGR 2021 um 9,4 % und 2022 um 7,7 % wachsen. Angetrieben durch die Erholung der Inlandsnachfrage werden die realen Importe i.w.S. laut VGR im laufenden Jahr voraussichtlich um 9,4 % und im kommenden Jahr um 6,6 % steigen.

4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

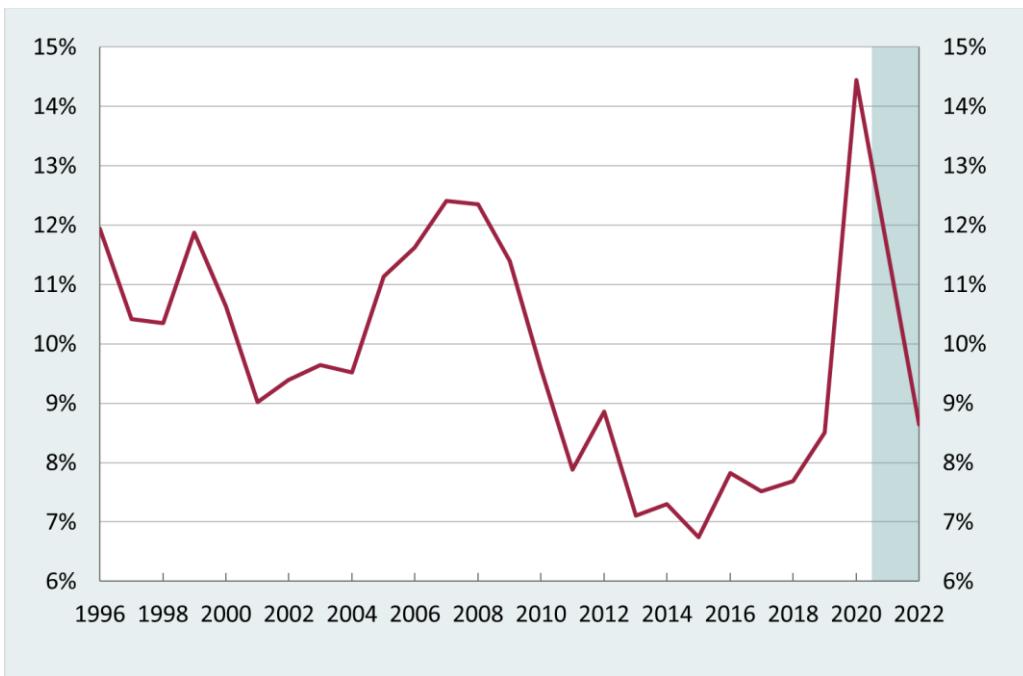
Im Laufe der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Lockdowns haben die österreichischen Haushalte unfreiwillig gespart. Noch im ersten Halbjahr des laufenden Jahres waren Konsumhemmnisse wirksam, am längsten im Sektor der persönlichen und touristischen Dienstleistungen. Das vorläufige Ende der Einschränkungen könnte den Haushalten Gelegenheit bieten, ihre gewohnte und ihren Einkünften gemäß Konsumtätigkeit wieder aufzunehmen. Allerdings bestehen auch weiterhin gewisse Beschränkungen, wie etwa Kontrollen von Impf- und Testnachweisen und die Verpflichtung zum Tragen von Gesichtsmasken, die für manche die Nachfrage vor allem nach Dienstleistungen im touristischen oder kulturellen Bereich weniger attraktiv erscheinen lassen. In der Pandemie-Zeit war eine Änderung in der Nachfragestruktur der Haushalte spürbar, weg von Dienstleistungen und hin zu mehr oder auch weniger langlebigen Gütern, vorderhand jedoch nicht allzu stark zu Automobilen. Die weitere Folgezeit wird zeigen, ob diese Änderung teilweise nachhaltig war oder ob die früheren, durch Dienstleistungen dominierten Muster wieder aufgegriffen werden. Erste Anzeichen für eine Belebung der Nachfrage nach Diensten liegen bereits vor. Ein möglicher Boom in der Tourismusnachfrage noch im laufenden Jahr stellt ein Aufwärtsrisiko für die Konsumprognose dar, ist allerdings zunächst noch nicht wahrscheinlich.

Gegenüber der letzten Quartalsprognose ist die Einschätzung des Konsumverhaltens der österreichischen Haushalte im laufenden Jahr leicht vorsichtiger geworden, da die aus dem ersten Halbjahr vorliegenden Werte hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst heuer laut Prognose inflationsbereinigt um 4,0 %. Diese Wachstumsrate freilich ist nicht nur deutlich höher als dies von normalen Jahren gewohnt ist, sie ist auch stark im Vergleich mit der Einkommensentwicklung. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen steigen nämlich im laufenden Jahr nur um 0,6 %, die Haushalte nehmen also ihre Spartätigkeit deutlich zurück, ohne jedoch ihre während der Pandemie akkumulierten Ersparnisse massiv anzugreifen und umzusetzen. Im kommenden Jahr werden sich die Haushalte über eine der wirtschaftlichen Erholung entsprechende Einkommensdynamik mit einer realen Zuwachsrate von 1,5 % freuen können, wobei die Dynamik der stärker konsumwirksamen Lohneinkommen nur wenig hinter den Gewinneinkommen zurückbleibt. Ein neuerlich gutes Konsumwachstum von 5,0 % wird den Haushalten genügen, um ihre Sparquote wieder auf das vor der Pandemie übliche Niveau rückzuführen. Ein deutlich gestiegenes Vermögen verbleibt in ihrem Besitz.

Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Im Zeitraum vor der Pandemie hat sich diese Kenngröße in stetigem Aufbau befunden. Die Haushalte

genossen deutliche Realeinkommenszuwächse, die genügend Spielraum boten, um Sparziele und Anschaffungspläne gleichzeitig zu verfolgen. Das Jahr 2020 hat dieses Muster empfindlich gestört, die Konsumbeschränkungen haben zu einem Spitzenwert von 14,4 % geführt. Im laufenden und im kommenden Jahr kehrt nun die Haushaltssparquote mit Werten von 11,6 % und 8,6 % zu einem Normalwert zurück. Der Pfad zurück zu diesem vertrauten Niveau wird in beiden Prognosejahren je etwa zur Hälfte durchschritten.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte



Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** reagiert im Einklang mit dem Gesamtbild. Nach dem Rückgang im Vorjahr kommt es auch hier zu einer kompensierenden Belebung mit Wachstumsraten von 3,0 % und 2,5 %. Unter Einschluss dieser Non-Profit-Dienste ergeben sich für den privaten Konsum insgesamt reale Wachstumsraten von 4,0 % und 4,9 % in den beiden Prognosejahren.

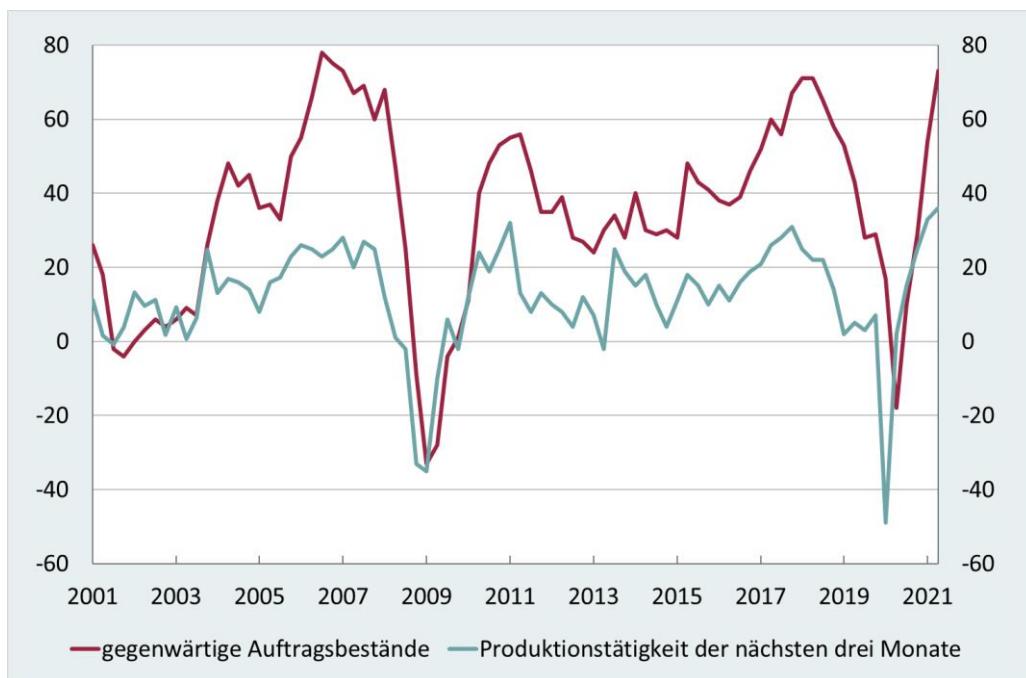
Bei den **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** hat sich die Erholung im zweiten Quartal 2021 fortgesetzt. Im ersten Halbjahr insgesamt waren sie um knapp 11 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Verglichen mit dem Vorkrisenniveau waren die Ausrüstungsinvestitionen um rund 4 % höher; dabei entwickelten sich vor allem die Investitionen in Fahrzeuge sowie in Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) dynamisch. Die Investitionen in diese Güter-

kategorien waren um 8,7 % bzw. 6,9 % höher als Ende 2019. Bei den Investitionen in sonstige Maschinen betrug das Wachstum 4,0 %, während die Investitionen in geistiges Eigentum nur um 2,2 % höher waren als vor der Corona-Krise.

Für den Prognosezeitraum lassen die Indikatoren eine Fortsetzung der Erholung der Ausrüstungsinvestitionen erwarten. Die Auftragsbestände in der österreichischen Industrie befinden sich in der Nähe der historischen Höchststände. Auch die Produktionserwartungen haben sich in den vergangenen Monaten spürbar verbessert. Zuletzt hat sich hier aber die Dynamik abgeschwächt (Abbildung 10).

Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



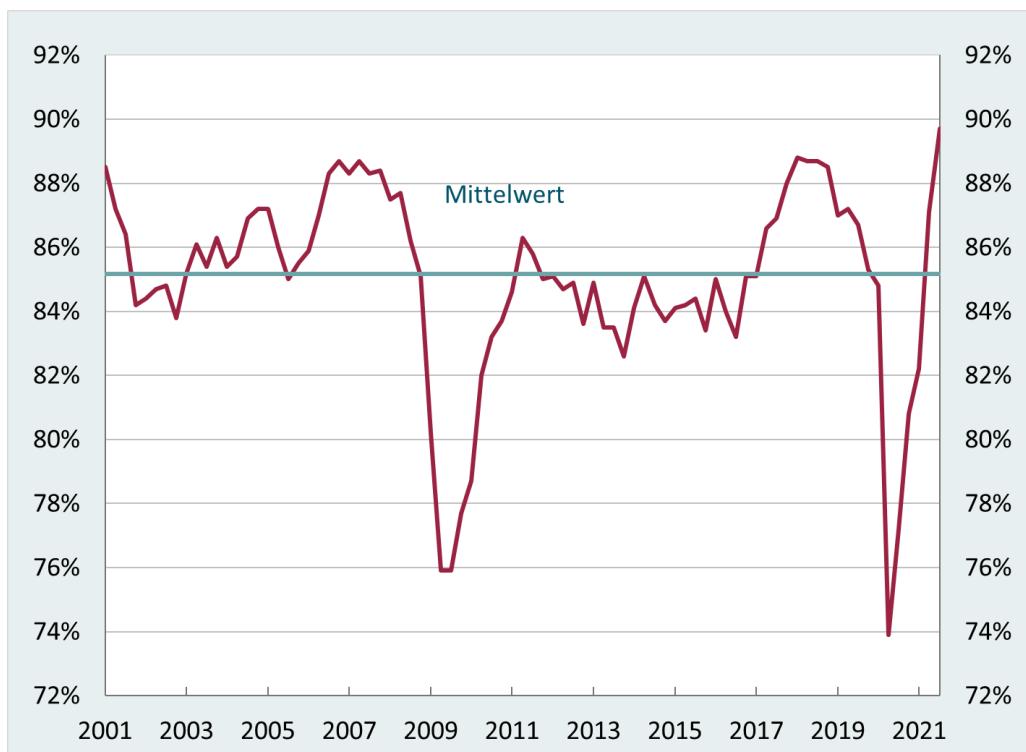
Quelle: Industriellenvereinigung

Dies lässt erwarten, dass die Ausweitung der Produktion durch Lieferengpässe bei Vorprodukten gebremst wird. Dass die Industrieproduktion zunehmend an Kapazitätsgrenzen stößt, spricht für eine weitere lebhafte Investitionstätigkeit. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist nicht nur höher als im langfristigen Durchschnitt (Abbildung 11), sondern so hoch wie noch nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 1996. Deshalb dürfte in den kommenden Monaten kräftig in die Erweiterung der Produktionskapazitäten investiert werden. Gestützt wird die Sachkapitalbildung weiterhin von der Finanzierungsseite. Die langfristigen Zinsen werden wohl nur sehr langsam steigen, und die Geschäftsbanken in Österreich geben im Rahmen der Umfrage

zum Kreditgeschäft (*bank lending survey*) an, dass sie die internen Vergaberichtlinien und die Konditionen für Unternehmenskredite im bisherigen Jahresverlauf weitgehend unverändert belassen hätten. Mit der Konjunkturerholung dürften auch die Unternehmensgewinne wieder spürbar zulegen.

Auch die fiskalpolitischen Maßnahmen, insbesondere die Investitionsprämie und die Möglichkeit der degressiven Abschreibung, stützen die Investitionen. Aufgrund der Ausgestaltung der Maßnahmen dürften Investitionen in IKT-Ausrüstung besonders stark profitieren. Allerdings wäre ein beträchtlicher Teil der Investitionen wohl auch ohne diese Förderungen getätigter worden. Zudem dürften aufgrund der zeitlichen Befristung der Maßnahmen Investitionen aus den kommenden Jahren vorgezogen werden.

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Gebremst werden die Investitionen durch die Lieferschwierigkeiten bei einigen Vorprodukten, denn diese Probleme dürften die Herstellung von Investitionsgütern beeinträchtigen. Deutlich wird das etwa in der Automobilindustrie, die derzeit besonders stark unter den Engpässen bei Halbleitern leidet. Dies dürfte sich negativ auf die Fahrzeuginvestitionen auswirken. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2021 und 2022 um 8,5 % bzw. 5,0 % steigen.

Der starke Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise macht sich bisher kaum im Deflator der Ausrüstungsinvestitionen bemerkbar. Dieser Preisindex war im ersten Halbjahr 2021 nur um 0,4 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Es ist allerdings zu erwarten, dass sich die Preisdynamik in den kommenden Monaten verstärken wird, wenn der kräftige Anstieg der Erzeugerpreise auf die Preise für Investitionsgüter durchschlägt. Dieser Teuerungsschub dürfte aber nur temporär sein, sodass sich der Preisauftrieb im kommenden Jahr wieder abflachen darf. Insgesamt erwartet das Institut für den Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen einen Anstieg um 1,3 % im laufenden und 1,1 % im kommenden Jahr.

Die **realen Bauinvestitionen** waren im zweiten Quartal zwar deutlich höher als im gleichen Vorjahresquartal, aber damals waren sie pandemiebedingt recht kräftig gesunken. In saisonbereinigter Rechnung verlor die Bautätigkeit im zweiten Jahresviertel merklich an Schwung. Hier machten sich wohl Engpässe bei Baumaterialien bemerkbar. Am Ende des ersten Halbjahrs waren die Wohnbauinvestitionen um rund 4 % höher als Ende 2019, während die sonstigen Bauinvestitionen noch um 2½ % niedriger waren als vor der Corona-Krise.

Im Prognosezeitraum dürfte das Expansionstempo bei den Bauinvestitionen wieder anziehen, wenn die Materialengpässe überwunden werden. Für eine weitere Expansion des Wohnbaus spricht der kräftige Anstieg der Baubewilligungen. Diese waren im ersten Quartal (aktuellere Daten liegen noch nicht vor) um 21,4 % höher als im ersten Quartal des vergangenen Jahres. Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die Baubewilligungen im Jahresdurchschnitt 2020 um 6,7 % gesunken sind, darunter um 15,2 % im ersten Quartal. Pandemiebedingt kam es damals zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Bauanträgen.

Auch die niedrigen Zinsen unterstützen weiterhin die Bautätigkeit. Zudem gaben die Geschäftsbanken, ähnlich wie bei den Unternehmenskrediten, in der Umfrage zum Kreditgeschäft an, dass im ersten Halbjahr 2021 die internen Vergaberichtlinien und die Kreditkonditionen im Privatkundengeschäft weitgehend unverändert blieben und sich daran auch im dritten Quartal nichts ändern sollte. Darüber hinaus sollte der massive Anstieg der Immobilienpreise Anreize zu verstärkter Neubautätigkeit bieten. Nachdem die Immobilienpreise österreichweit bereits im Jahr 2020 um 7,0 % gestiegen waren, erhöhte sich der Preisauftrieb im ersten Halbjahr 2021 auf 12,0 %. Dies dürfte neben der hohen Nachfrage auch dem Anstieg der Baukosten geschuldet sein. Die Bauinvestitionen der Unternehmen sollten sich im Einklang mit der Erholung der Ausrüstungsinvestitionen ebenfalls positiv entwickeln. Dabei gilt es zu bedenken, dass viele Ausrüstungsinvestitionen, etwa in Computerhardware und Software, nicht im selben Umfang neue Geschäftsgebäude erfordern. Zudem dürften der wohl anhaltende Trend zum Arbeiten von zuhause sowie die Tatsache, dass sich manche Wirtschaftsbereiche

nur schleppend von der Corona-Krise erholen, die Bauinvestitionen der Unternehmen bremsen. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden wohl angesichts der gestiegenen öffentlichen Verschuldung nur eine schwache Dynamik entfalten. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen im Jahr 2021 um 5,5 % und im Jahr 2022 um 2,5 % zulegen.

Der starke Anstieg der Preise für Energie und viele Baumaterialien macht sich immer mehr in den Baupreisen bemerkbar, insbesondere im Hochbau. Während sich der Preisauftrieb im Hochbau von 3,2 % im vierten Quartal 2020 auf 7,4 % im zweiten Quartal 2021 beschleunigte, ging er im Tiefbau von 1,8 % im vierten Quartal 2020 auf 1,4 % im zweiten Vierteljahr 2021 zurück. Die gesamten Baupreise stiegen im zweiten Quartal mit 4,9 % etwa doppelt so stark wie Ende 2020. Der Deflator der Bauinvestitionen nahm im zweiten Quartal 2021 um 5,6 % zu, nach 2,6 % bzw. 2,9 % in den beiden vorangegangenen Quartalen. Da sich der Anstieg der Baukosten zuletzt massiv beschleunigte, werden die Baupreise wohl auch in den kommenden Monaten kräftig zulegen. So sind die Baupreise im Wohnhausbau im August um gut 14 % gestiegen. Im Straßenbau belief sich der Anstieg auf rund 10 %, im Brückenbau sogar auf 20 %. Diese Preissteigerungen sind zu einem erheblichen Teil einem Basiseffekt geschuldet, denn pandemiebedingt waren die Baupreise im August 2020 nur um 0,3 % gestiegen. Dieser Basiseffekt wird um den Jahreswechsel 2021/22 wegfallen, denn seit dem Jahreswechsel 2020/21 steigen die Baupreise recht kräftig. Alles in allem rechnet das Institut damit, dass der Deflator der Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2021 um 4,5 % und im kommenden Jahr um 3,5 % steigen wird.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Wachstum um 7,1 % im laufenden sowie 3,8 % im kommenden Jahr. Da die Anlageinvestitionen im vergangenen Jahr weniger stark als die gesamte Wirtschaftsleistung zurückgegangen sind, ist die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, leicht auf 25,2 % gestiegen. Die vorliegende Prognose sieht einen weiteren Anstieg um einen Prozentpunkt im laufenden Jahr vor. Im kommenden Jahr dürfte die Investitionsquote stabil bleiben. Die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften heuer um 7,0 % und im kommenden Jahr um 4,1 % ausgeweitet werden.

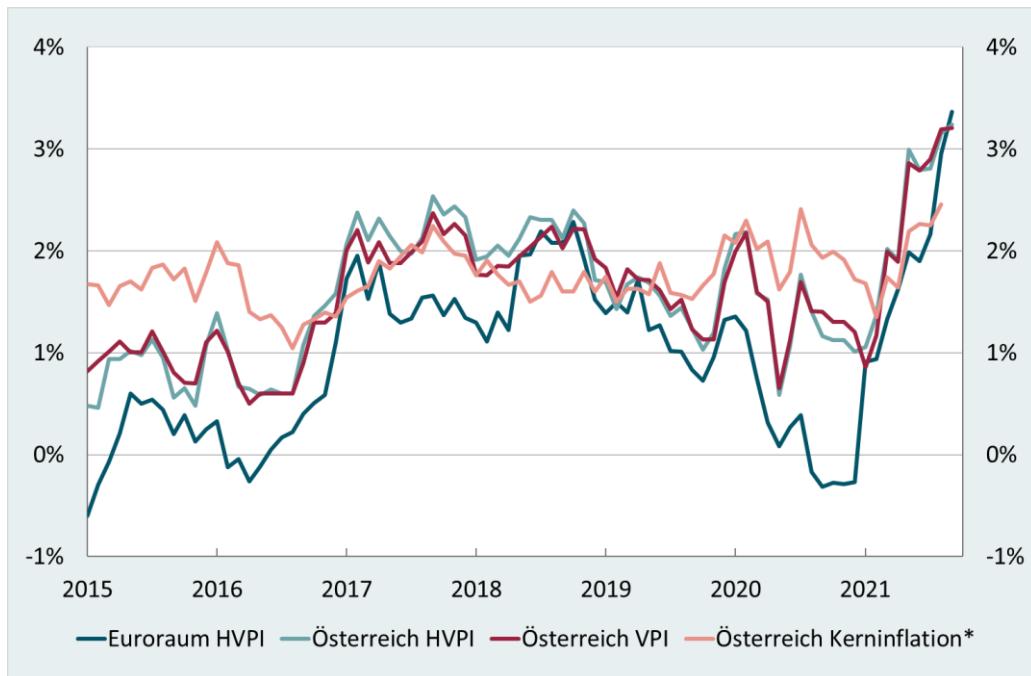
Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird im Prognosezeitraum durch die günstige Konjunktur Entwicklung, aber auch durch die Folgen der Corona-Krise geprägt. Der Wirtschaftseinbruch und die umfangreichen fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen führten im Vorjahr zu einem Budgetdefizit von 8,3 % des BIP. Mit der wirtschaftlichen Erholung haben die öffentlichen Einnahmen im ersten Halbjahr bereits wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Hingegen sind die staatlichen Ausgaben, insbesondere die Subventionen und die Sozialausgaben zur Dämpfung der Corona-Folgen, merklich angestiegen. Die Auszahlungen für die Maßnahmen der Corona-Krise im Jahr 2021

belieben sich bis 15. August auf 11,5 Mrd. Euro, wovon 3,4 Mrd. Euro auf die Kurzarbeitsbeihilfe entfielen. Die positive Einnahmendynamik dürfte sich im weiteren Prognosezeitraum fortsetzen, hingegen sollten die Krisenbewältigungsmaßnahmen bis Ende des nächsten Jahres auslaufen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für das Gesamtjahr 2021 ein Defizit von 6,7 % des BIP. Im kommenden Jahr könnte das Defizit 2,7 % betragen. Die Abschätzung des Defizits ist aber weiterhin mit größerer Unsicherheit verbunden. So liegt für das kommende Jahr noch kein Budgetvoranschlag vor und die Ausgestaltung der ökosozialen Steuerreform war bei der Prognoseerstellung noch nicht bekannt.

Notwendig erscheint die rasche Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele. Eine ökosoziale Steuerreform sollte deshalb darauf abzielen, die CO₂-Belastung deutlich zu reduzieren. Im internationalen Vergleich ist die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit in Österreich hoch, eine merkliche Reduktion des Steuerkeils ist daher angeraten. Die Reform sollte aber in einer umfassenden wirtschaftspolitischen Strategie eingebettet sein, mit der Wachstumspotenziale gehoben werden können. Das prognostizierte Wachstum ermöglicht eine schrittweise Reduzierung der Schuldenquote und damit einen mittelfristig nachhaltigen Budgetkurs. Handlungsbedarf ortet das Institut aber in Hinblick auf die Struktur der Einnahmen und Ausgaben. Wie immer wieder angemerkt, ist es wünschenswert, zukunftsorientierten und produktivitätserhöhenden Bereichen, wie etwa Bildung, Digitalisierung und Forschung, noch höhere Priorität einzuräumen. Dies erfordert Einsparungen in anderen Bereichen, vornehmlich durch die schon seit langem angemahnten Strukturreformen im öffentlichen Sektor.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im ersten Halbjahr 2021 um 3,1 % gestiegen, die Tariflöhne nur um 1,7 %. Allerdings werden die Effektivverdienste von Kompositionseffekten beeinflusst und können von Quartal zu Quartal stark schwanken, was die Interpretation der Lohnentwicklung erschwert. Für das Gesamtjahr 2021 geht das Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne von 1,5 % aus. Stellt man dem Lohnzuwachs die Kaufkraftminderung (gemessen am Konsumdeflator von 2,6 %) gegenüber, so ergibt dies einen realen Einkommensverlust von knapp einem Prozentpunkt. Die Lohnentwicklung sollte sich im kommenden Jahr auf 2,5 % beschleunigen, sodass die Reallöhne leicht steigen werden.

Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum



*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich

Quellen: Eurostat, Statistik Austria

Im Jahresverlauf hat sich der Preisauftrieb auch in Österreich beschleunigt. Während zu Beginn des Jahres die Raten noch um 1 % schwankten, betrug die Schnellschätzung der Inflationsrate für September 3,2 %. Die Beschleunigung ist dabei nicht so sehr auf Preisanstiege eines breiten Warenkorbspektrums, sondern viel mehr auf einige wenige Produktgruppen zurückzuführen. So erklärt etwa die Warenkorbposition Profilholz gut $\frac{3}{4}$ der Teuerung im Bereich Wohnungsinstandhaltung. Flugtickets ins Ausland treiben nahezu vollständig den Preisanstieg im Bereich Verkehrsdienstleistungen. Der relevante Faktor für die Gesamtinflation bleiben aber die Energiepreise. Diese hatten sich zu Beginn der Pandemie aufgrund des Preisverfalls von Rohöl stark verbilligt, was die Inflationsrate im vergangenen Jahr erheblich sinken ließ. Seitdem haben sich Kraftstoffe wieder erholt und liegen derzeit leicht über ihrem Vorkrisenniveau. Dies trägt nun im Gegenzug stark positiv zur Inflation bei. Mit Frühling nächsten Jahres, wenn die Gegenbewegung bei den Kraftstoffen ausgelaufen ist und sich coronabedingte Preiseffekte aufgrund von Lieferkettenproblemen zurückbilden sollten, dürften sich auch die Inflationsraten wieder leicht abschwächen. Die Preise für Gas, oder auch für Gebrauchtwagen, sind am aktuellen Rand zwar gestiegen, schlagen sich derzeit aber noch unwesentlich auf die Inflationsrate nieder. Diese stellen aber ein Prognoserisiko dar. In der Gesamtbetrachtung geht das Institut für das laufende Jahr von einer Inflation von 2,6 % aus. Im nächsten Jahr dürfte die Teuerung 2,3 % betragen. Die Einführung einer CO₂-Bepreisung dürfte diese je nach Ausgestaltung noch einmal erhöhen.

Das Inflationsdifferenzial Österreichs im Vergleich zum Euroraum hat sich zuletzt wieder verringert. Für den Euroraum geht das Institut von Inflationsraten von 2,3 % im Jahr 2021 und 1,9 % im Jahr 2022 aus.

Die äußerst kräftige Konjunkturerholung schlägt sich am Arbeitsmarkt nieder. Nach dem coronabedingten Einbruch im Vorjahr hat die Beschäftigung seit dem Frühjahr wieder kräftig zugelegt und übertrifft seit Mai das Vorkrisenniveau. Im Einklang mit dieser Entwicklung erfolgte ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit. Seit Mitte September liegt die Zahl der vorgemerkteten Arbeitslosen unter den Vergleichswerten des Jahres 2019. Die Ausweitung der Aktivitäten der aktiven Arbeitsmarktpolitik unterstützt diese Entwicklung. Die weiterhin positive Konjunkturdynamik und die hohe Zahl an offenen Stellen sprechen für eine Fortsetzung des positiven Trends am Arbeitsmarkt. Das Institut geht davon aus, dass die Arbeitslosenquote (nationale Definition) im Jahresdurchschnitt 2021 auf 8,1 % sinkt. Im kommenden Jahr könnte die Quote weiter auf 7,2 % zurückgehen. Diese Prognose beruht auf der Annahme, dass es zu keinem coronabedingten Lockdown kommt und die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen zur Verringerung der Mis-Match-Arbeitslosigkeit sowie der Langzeitarbeitslosigkeit beitragen.

Getrieben von der guten Konjunktur und den Öffnungen legte die **Beschäftigung** stetig zu. So lag die Zahl der Aktiv-Beschäftigten im August um 2,7 % über dem Vergleichswert des Vorjahres, das Vorkrisenniveau (Vergleichsmonat 2019) wurde um 1,6 % übertroffen. In sektoraler Betrachtung verzeichneten der Bau (3,3 %) und der Dienstleistungsbereich (3,1 %) überdurchschnittliche Beschäftigungszuwächse, in der Sachgüterproduktion betrug der Anstieg 1,0 % gegenüber dem Vorjahr. Seit August 2019 expandierte die Zahl der Arbeitsplätze am Bau um 5,5 % und im Dienstleistungssektor um 1,6 %. Hingegen blieb die Zahl der Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion um einen halben Prozentpunkt unter dem Vorkrisenniveau. Merkliche Arbeitsplatzverluste gab es dabei in den Bereichen Textil, Bergbau, Gastronomie und Beherbergung sowie sonstige persönliche Dienstleistungen.

Die gute Konjunkturlage und die Zahl der offenen Stellen deuten darauf hin, dass die Beschäftigungsnachfrage auch in den kommenden Monaten kräftig bleibt. Für den Jahresdurchschnitt 2021 wird somit ein Anstieg der Aktiv-Beschäftigung um 2,4 % erwartet. Im kommenden Jahr dürfte die Beschäftigung um 2,0 % zulegen.

Die äußerst positive Beschäftigungsdynamik hat sich in einem starken Rückgang der Arbeitslosenzahlen niedergeschlagen. Ende August ist die Zahl der vorgemerkteten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr um 23 % gefallen, berücksichtigt man die Ausweitung der Schulungsaktivitäten, beträgt der Rückgang 18 %. Damit liegt die Arbeitslosenzahl wieder auf dem Vorkrisenniveau. Der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte

sich in den kommenden Monaten fortsetzen, allerdings mit verlangsamtem Tempo. Somit erwartet das Institut im Jahresdurchschnitt 2021 einen Bestand von 336.000 als arbeitslos vorgemerkten Personen. Im kommenden Jahr sollte die Arbeitslosenzahl auf 300.000 sinken. Ausgehend von 9,9 % im Vorjahr wird laut Prognose die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr auf 8,1 % zurückgehen und im Jahr 2022 7,2 % betragen. Die Änderungen bei der Erhebung des Mikrozensus ab 2021 führen zu kräftigen Revisionen der Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition.² Das Institut weist auch für die Vergangenheit revidierte Werte aus. Ausgehend von 6,1 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition im Prognosezeitraum 6,4 % bzw. 5,8 % betragen.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis August 2021

Veränderungen gegenüber Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	71.184	1,9 %
Männer	43.922	2,2 %
Frauen	27.263	1,6 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	74.704	2,1 %
Primärer Sektor	875	1,2 %
Sachgüterproduktion	1.379	0,2 %
Bau	15.960	6,0 %
Dienstleistungssektor	56.453	2,1 %
Arbeitslose gesamt	-67.914	-16,2 %
Männer	-38.904	-16,9 %
Frauen	-29.010	-15,3 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	16.562	30,8 %

ⁱohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten
Quellen: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Die vorliegende Prognose zeichnet ein sehr optimistisches Bild der Arbeitsmarktentwicklung. Dabei wird davon ausgegangen, dass es kaum zu Einschränkungen im Wintertourismus kommt und die coronabedingten Eindämmungsmaßnahmen bis zum nächsten Sommer vollständig aufgehoben werden. Internationale

² Für einen Überblick über die Änderungen und die Auswirkungen, vergleiche
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitssmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/arbeitslose_int_definitionen_ms/index.html.

Reisewarnungen mit den verbundenen Konsequenzen für den Wintertourismus würden die Arbeitslosigkeit merklich erhöhen. Weiters unterstellt das Institut, dass es zu keiner weiteren Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit kommt. Die ausgeweiteten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die auf Qualifizierung und Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit abzielen, sollten unterstützend wirken. Diese Prognose impliziert, dass ein im historischen Vergleich sehr hoher Anteil der neugeschaffenen Arbeitsplätze aus dem Arbeitslosenpool heraus besetzt wird.

Im Rahmen der ökosozialen Steuerreform sollte der im internationalen Vergleich hohen steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit entgegengewirkt werden. Bedarf besteht aus Sicht des Instituts an einer Stärkung der präventiven Komponente der Arbeitsmarktpolitik, also von Maßnahmen, die bereits vor dem Entstehen von Arbeitslosigkeit ansetzen. Hierbei wären insbesondere Reformen im Bildungsbereich angeraten. Bei einer Reform der Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung sollten Fehlanreize, etwa in Hinblick auf die Problematik der Wiederbeschäftigung beim selben Dienstgeber, vermieden werden.

5 Monetäre Prognose

Nach teilweisen Senkungen der Leitzinsen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im Frühjahr des vergangenen Jahres liegen diese international weiterhin nahe bei bzw. sogar unter null (Tabelle 5). So beträgt etwa der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum 0,0 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, hat zuletzt deutlich angezogen und betrug im Juni, Juli und August 1,9 %, 2,2 % bzw. 3,0 %. Damit war sie im August deutlich höher als die Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB), welche bei 2 % liegt. Ein Großteil dieses Anstiegs ist jedoch auf temporäre Effekte, etwa Basiseffekte von Energiepreisen, zurückzuführen und dürfte somit die gegenwärtige Geldpolitik der EZB nicht verändern. Für den Jahresdurchschnitt 2021 und 2022 wird mit Werten von 2,3 % bzw. 1,9 % gerechnet. Aufgrund der neuen *Forward Guidance* der EZB dürften die Leitzinsen im Prognosezeitraum auf ihren niedrigen Niveaus verharren. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich deutlich expansiv ausgerichtet.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2018	0	2,25 – 2,5	0,75	-0,75	-0,1
Ende 2019	0	1,5 – 1,75	0,75	-0,75	-0,1
Ende 2020	0	0 – 0,25	0,10	-0,75	-0,1
4.10.2021	0	0 – 0,25	0,10	-0,75	-0,1

Für das Jahr 2018 wird bei den Leitzinsen der Schweizerischen Nationalbank der mittlere Satz des damals gültigen Zielbandes angegeben.

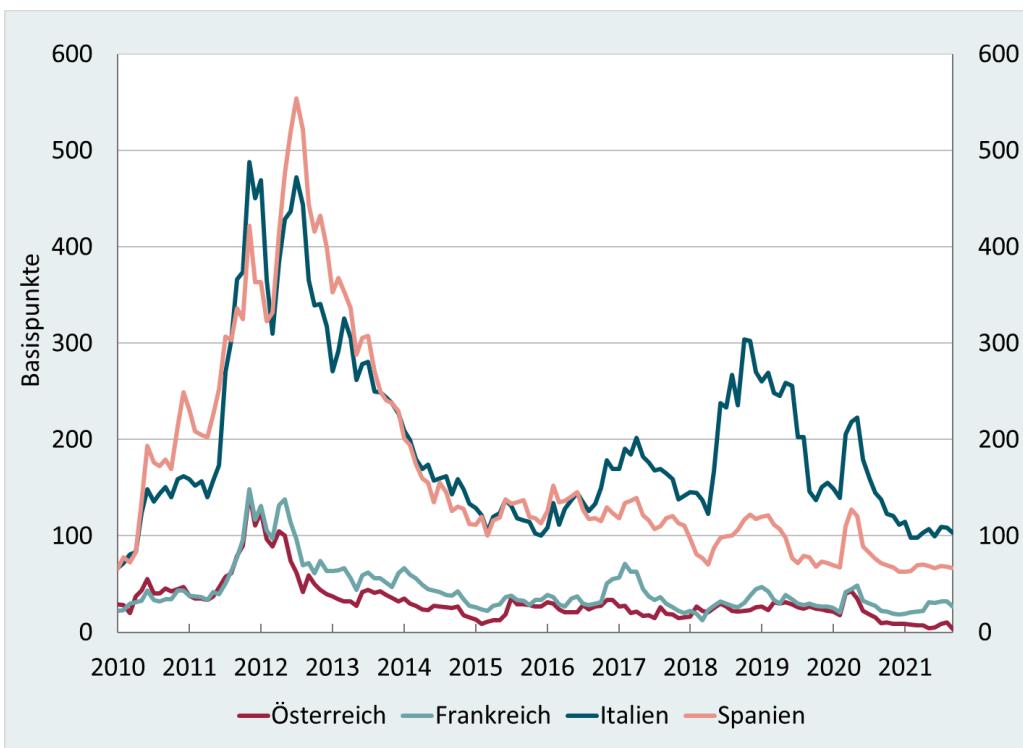
Quellen: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Im Juli hat die EZB ihre neue geldpolitische Strategie bekanntgegeben, wobei die wichtigsten Änderungen das Inflationsziel, die Inflationsmessung und eine Diskussion über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Geldpolitik betreffen. Im Zusammenhang mit dem neuen symmetrischen Inflationsziel von 2 % wurde auch die *Forward Guidance* bezüglich künftiger Zinsveränderungen angepasst. Die EZB macht eine Leitzinserhöhung nun insbesondere davon abhängig, ob die Inflationsrate schon deutlich vor dem Ende ihres Prognosezeitraums 2 % erreicht und diesen Wert auch im weiteren Verlauf dauerhaft beibehält. In ihrer jüngsten Sitzung im September hat sie angekündigt, das Volumen der monatlichen Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallprogramms (*Pandemic Emergency Purchase Programme*, PEPP) von zuletzt rund 80 Mrd. Euro pro Monat in Zukunft zurückzufahren. Dabei hat sie sich weiterhin Flexibilität hinsichtlich des konkreten Umfangs und des Länderschlüssels vorbehalten. Das PEPP-

Programm wurde im März 2020 aufgelegt und soll bis März 2022 laufen. Ende September waren erst rund 75 % des maximal zur Verfügung stehenden Ankaufvolumens von 1.850 Mrd. Euro ausgeschöpft, es würden also grundsätzlich weitere Mittel zur Verfügung stehen. Die Ankäufe im Rahmen des herkömmlichen Wertpapierankaufprogrammes (APP) im Ausmaß von monatlich 20 Mrd. Euro laufen bislang unverändert weiter. Die derzeit zur Verfügung stehenden längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III, PELTRO), welche äußerst günstige Zinssätze aufweisen, werden nach jetzigem Stand nur noch bis Dezember angeboten. Die Refinanzierung würde also deutlich teurer, wenn sich Banken ab Jahresbeginn wieder verstärkt über Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Liquidität versorgen müssten.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit der Geldpolitik der EZB konstant geblieben und notierten im Durchschnitt des dritten Quartals bei –0,5 %. Damit haben sie sich gegenüber dem Vorquartal und dem Vorjahresquartal nicht verändert. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut keine Veränderung der kurzfristigen Geldmarktzinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte damit in beiden Prognosejahren jeweils –0,5 % betragen.

Abbildung 13: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland



Quellen: Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Die Renditen von Staatsanleihen sind, nach einem vorangehenden Sinken, im August und September wieder leicht gestiegen. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren notierten demnach im dritten Quartal des laufenden Jahres zu durchschnittlich $-0,3\%$ bzw. $-0,4\%$. Dies bedeutet einen leichten Rückgang der Renditen um jeweils rund 15 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal und eine weitgehende Konstanz im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hochhält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Zuletzt ist allerdings der Abstand zu den österreichischen Staatsanleihen auf fast null gesunken, d.h. österreichische Staatsanleihen werden als nahezu gleich sicher eingestuft wie deutsche Bundesanleihen. Die Spreads (Renditeabstände) der besonders stark von der Corona-Pandemie betroffenen Staaten weiteten sich im Frühjahr des vergangenen Jahres in Erwartung steigender Staatsschulden deutlich aus (Abbildung 13). Die Ankündigung des EZB-Notfallprogramms, gekoppelt mit anderen europäischen und nationalen Stützungsprogrammen, konnte diesen Anstieg jedoch abfangen, und momentan liegen die Aufschläge bei bzw. sogar unter den Vor-Corona-Niveaus. Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode leicht ansteigt. Für die Jahre 2021 und 2022 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von $-0,3\%$ bzw. $0,1\%$ prognostiziert.

Im Durchschnitt des dritten Quartals 2021 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar $1,18 \text{ USD/EUR}$. Damit hat der Euro verglichen mit dem Vorquartal etwas abgewertet ($-2,2\%$) und ist gegenüber dem Vorjahresquartal weitgehend konstant geblieben. Für die Jahre 2021 und 2022 wird keine größere Veränderung des Wechselkurses erwartet, das Institut rechnet mit durchschnittlichen Jahreskursen von jeweils $1,19 \text{ USD/EUR}$.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2021 und 2022 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um $6,5\%$ bzw. $5,5\%$ steigen. Die Spareinlagen dürften zunächst um $16,0\%$ wachsen³ und danach weitgehend konstant bleiben ($0,9\%$). Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um $3,7\%$ bzw. $3,4\%$.

³ Dieses kräftige Wachstum der Spareinlagen ist zum allergrößten Teil auf eine Neuklassifikation von gewissen Produktgruppen (z. B. Online-Sparen) vom dritten auf das vierte Quartal 2020 zurückzuführen. Allein in diesem Zeitraum (viertes Quartal 2020 gegenüber drittem Quartal 2020) betrug das Wachstum der Spareinlagen $20,3\%$.

6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	364,142 4,5%	380,558 4,5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	401,691 5,9%	427,500 6,4%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	100,000 2,3%	101,848 1,8%	102,872 1,0%	104,726 1,8%	106,425 1,6%	108,886 2,3%	110,312 1,3%	112,335 1,8%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	100,000 0,9%	100,900 0,9%	103,000 2,1%	105,100 2,0%	106,700 1,5%	108,200 1,4%	111,013 2,6%	113,567 2,3%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,455 2,1%	48,561 2,3%	49,281 1,5%	50,566 2,6%	51,859 2,6%	52,751 1,7%	53,542 1,5%	54,880 2,5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3731,388 2,4%	3806,016 2,0%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,113 -1,814	7,187 -0,925

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
PRIVATER KONSUM	181,371 0,5%	184,174 1,5%	187,777 2,0%	189,802 1,1%	191,064 0,7%	174,883 -8,5%	181,797 4,0%	190,679 4,9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	68,033 0,9%	69,282 1,8%	69,825 0,8%	70,695 1,2%	71,738 1,5%	71,409 -0,5%	73,016 2,3%	73,563 0,8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	78,138 2,3%	81,502 4,3%	84,955 4,2%	88,695 4,4%	92,948 4,8%	88,120 -5,2%	94,370 7,1%	97,980 3,8%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	3,791 1,1	4,113 1,2	4,450 1,2	6,038 1,6	1,605 0,4	2,092 0,6	2,092 0,6	2,342 0,6
INLANDSNACHFRAGE	331,356 1,2%	339,072 2,3%	347,044 2,4%	355,795 2,5%	358,123 0,7%	337,181 -5,8%	352,047 4,4%	365,418 3,8%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	12,913 3,8	12,046 3,4	11,947 3,3	12,186 3,3	15,412 4,1	10,999 3,2	11,945 3,3	14,990 3,9
BIP ZU MARKTPREISEN	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	364,142 4,5%	380,558 4,5%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
PRIVATER KONSUM	0,261	0,814	1,023	0,566	0,345	-4,366	1,982	2,466
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,174	0,363	0,154	0,243	0,285	-0,089	0,477	0,156
BRUTTOINVESTITIONEN	0,763	1,063	1,086	1,512	-0,045	-1,180	1,807	1,078
ANLAGEINVESTITIONEN LAGERVERÄNDERUNGEN	0,522 0,163	0,977 0,094	0,978 0,095	1,040 0,432	1,155 -1,201	-1,297 0,135	1,791 0,000	1,004 0,034
EXPORTE I.W.S.	1,628	1,586	2,567	2,777	1,894	-5,965	4,823	4,204
WAREN DIENSTLEISTUNGEN	1,187 0,441	1,071 0,515	1,803 0,764	1,785 0,992	1,064 0,830	-2,986 -2,979	4,230 0,593	1,574 2,630
IMPORTE I.W.S.	-1,819	-1,838	-2,569	-2,718	-1,038	4,879	-4,576	-3,465
WAREN DIENSTLEISTUNGEN	-1,567 -0,253	-1,336 -0,502	-1,544 -1,026	-1,560 -1,158	0,004 -1,041	2,395 2,485	-3,476 -1,100	-1,538 -1,927
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,015	1,989	2,259	2,502	1,491	-6,735	4,529	4,508

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
HAUSHALTSSPARQUOTE <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6,7 -0,6	7,8 1,1	7,5 -0,3	7,7 0,2	8,5 0,8	14,4 5,9	11,6 -2,8	8,6 -3,0
INVESTITIONSQUOTE <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	22,7 0,0	23,1 0,4	23,6 0,5	24,1 0,5	25,0 0,9	25,2 0,3	26,2 1,0	26,2 -0,1
REALZINSSATZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,55 -0,86	-1,48 0,08	-0,45 1,03	-1,11 -0,67	-1,58 -0,47	-2,60 -1,02	-1,57 1,03	-1,71 -0,15
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	100,00 0,8%	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,29 2,6%	113,85 2,3%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,455 0,6%	47,860 0,9%	47,707 -0,3%	47,969 0,5%	48,377 0,8%	48,642 0,5%	48,121 -1,1%	48,215 0,2%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,982 0,0%	10,025 0,4%	10,049 0,2%	10,052 0,0%	10,041 -0,1%	9,560 -4,8%	9,759 2,1%	9,999 2,5%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	125,034 2,0%	127,404 1,9%	128,989 1,2%	132,302 2,6%	135,844 2,7%	145,126 6,8%	144,303 -0,6%	144,360 0,0%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021 <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6,2 0,1	6,5 0,3	5,9 -0,5	5,2 -0,7	4,8 -0,4	6,1 1,3	6,4 0,3	5,8 -0,6
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP) <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,0 1,7	-1,5 -0,5	-0,8 0,7	0,2 1,0	0,6 0,4	-8,3 -8,9	-6,7 1,6	-2,8 3,9

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	173,921 1,7%	179,350 3,1%	186,016 3,7%	191,857 3,1%	196,244 2,3%	181,294 -7,6%	193,448 6,7%	207,792 7,4%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,450 7,1%	7,542 1,2%	7,933 5,2%	8,228 3,7%	8,698 5,7%	8,840 1,6%	9,287 5,1%	9,710 4,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	68,033 3,1%	70,274 3,3%	71,986 2,4%	74,510 3,5%	77,388 3,9%	80,414 3,9%	83,457 3,8%	85,764 2,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	81,955 4,5%	86,743 5,8%	91,744 5,8%	99,141 8,1%	100,984 1,9%	98,249 -2,7%	106,545 8,4%	113,135 6,2%
AUSRÜSTUNGSGEWESEN	41,719 5,1%	45,366 8,7%	48,211 6,3%	50,349 4,4%	53,751 6,8%	50,848 -5,4%	55,888 9,9%	59,328 6,2%
BAUINVESTITIONEN	36,419 1,8%	37,228 2,2%	39,064 4,9%	42,486 8,8%	45,469 7,0%	44,920 -1,2%	49,523 10,2%	52,538 6,1%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,003 -0,001	0,000 0,003	-0,001 -0,001	0,127 0,128	0,664 0,537	-0,367 -1,030	-0,369 -0,002	-0,371 -0,002
INLANDSNACHFRAGE	331,356 2,8%	343,909 3,8%	357,677 4,0%	373,863 4,5%	383,978 2,7%	368,430 -4,0%	392,368 6,5%	416,030 6,0%
EXPORTE I.W.S.	182,769 2,8%	187,409 2,5%	199,644 6,5%	213,682 7,0%	220,393 3,1%	195,104 -11,5%	218,672 12,1%	238,658 9,1%
IMPORTE I.W.S.	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,120 7,5%	206,853 2,3%	184,213 -10,9%	209,349 13,6%	227,188 8,5%
BIP ZU MARKTPREISEN	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	401,691 5,9%	427,500 6,4%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	173,921 0,3%	176,761 1,6%	180,075 1,9%	182,006 1,1%	183,066 0,6%	167,175 -8,7%	173,862 4,0%	182,555 5,0%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,450 5,1%	7,413 -0,5%	7,702 3,9%	7,795 1,2%	7,998 2,6%	7,702 -3,7%	7,933 3,0%	8,132 2,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	68,033 0,9%	69,282 1,8%	69,825 0,8%	70,695 1,2%	71,738 1,5%	71,409 -0,5%	73,016 2,3%	73,563 0,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	81,955 3,2%	85,616 4,5%	89,448 4,5%	94,893 6,1%	94,727 -0,2%	90,326 -4,6%	96,628 7,0%	100,555 4,1%
AUSRÜSTUNGSGESETZTEN	41,719 4,2%	44,965 7,8%	47,435 5,5%	49,063 3,4%	51,749 5,5%	48,389 -6,5%	52,502 8,5%	55,127 5,0%
BAUINVESTITIONEN	36,419 0,1%	36,538 0,3%	37,526 2,7%	39,627 5,6%	41,208 4,0%	39,700 -3,7%	41,884 5,5%	42,931 2,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,003 -0,049	0,002 0,005	0,052 0,050	0,456 0,404	0,578 0,122	0,754 0,176	0,759 0,005	0,764 0,005
INLANDSNACHFRAGE	331,356 1,2%	339,072 2,3%	347,044 2,4%	355,795 2,5%	358,123 0,7%	337,181 -5,8%	352,047 4,4%	365,418 3,8%
EXPORTE I.W.S.	182,769 3,0%	188,231 3,0%	197,450 4,9%	207,596 5,1%	214,690 3,4%	191,591 -10,8%	209,555 9,4%	225,739 7,7%
IMPORTE I.W.S.	169,856 3,6%	176,185 3,7%	185,504 5,3%	195,411 5,3%	199,278 2,0%	180,593 -9,4%	197,611 9,4%	210,749 6,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	344,269 1,0%	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	364,142 4,5%	380,558 4,5%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	100,000 1,4%	101,465 1,5%	103,299 1,8%	105,412 2,0%	107,199 1,7%	108,446 1,2%	111,265 2,6%	113,824 2,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	100,000 2,2%	101,432 1,4%	103,095 1,6%	105,396 2,2%	107,876 2,4%	112,611 4,4%	114,300 1,5%	116,586 2,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	100,000 1,2%	101,340 1,3%	102,730 1,4%	104,668 1,9%	106,747 2,0%	108,680 1,8%	111,700 2,8%	114,172 2,2%
AUSRÜSTUNGSGEWESEN	100,000 0,8%	100,893 0,9%	101,636 0,7%	102,621 1,0%	103,868 1,2%	105,083 1,2%	106,449 1,3%	107,620 1,1%
BAUINVESTITIONEN	100,000 1,6%	101,889 1,9%	104,099 2,2%	107,215 3,0%	110,340 2,9%	113,148 2,5%	118,240 4,5%	122,378 3,5%
INLANDSNACHFRAGE	100,000 1,6%	101,426 1,4%	103,064 1,6%	105,078 2,0%	107,220 2,0%	109,268 1,9%	111,453 2,0%	113,850 2,2%
EXPORTE I.W.S.	100,000 -0,3%	99,564 -0,4%	101,111 1,6%	102,931 1,8%	102,656 -0,3%	101,833 -0,8%	104,350 2,5%	105,723 1,3%
IMPORTE I.W.S.	100,000 -1,8%	98,596 -1,4%	101,324 2,8%	103,434 2,1%	103,801 0,4%	102,005 -1,7%	105,940 3,9%	107,800 1,8%
BIP ZU MARKTPREISEN	100,000 2,3%	101,848 1,8%	102,872 1,0%	104,726 1,8%	106,425 1,6%	108,886 2,3%	110,312 1,3%	112,335 1,8%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
WARENEXPORTE	129,184 2,4%	131,524 1,8%	140,060 6,5%	149,248 6,6%	151,852 1,7%	138,328 -8,9%	158,079 14,3%	166,210 5,1%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	38,630 2,9%	40,354 4,5%	43,292 7,3%	46,977 8,5%	50,346 7,2%	46,396 -7,8%	51,506 11,0%	54,372 5,6%
REISEVERKEHR	14,956 5,3%	15,532 3,8%	16,293 4,9%	17,457 7,1%	18,194 4,2%	10,380 -43,0%	9,087 -12,5%	18,075 98,9%
EXPORTE I.W.S.	182,769 2,8%	187,409 2,5%	199,644 6,5%	213,682 7,0%	220,393 3,1%	195,104 -11,5%	218,672 12,1%	238,658 9,1%
WARENIMPORTE	126,855 1,3%	128,855 1,6%	138,912 7,8%	148,064 6,6%	147,973 -0,1%	135,229 -8,6%	154,499 14,2%	163,250 5,7%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	35,523 3,2%	37,049 4,3%	40,492 9,3%	44,826 10,7%	49,228 9,8%	45,474 -7,6%	50,331 10,7%	54,268 7,8%
REISEVERKEHR	7,478 1,8%	7,806 4,4%	8,556 9,6%	9,230 7,9%	9,652 4,6%	3,510 -63,6%	4,519 28,8%	9,670 114,0%
IMPORTE I.W.S.	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,120 7,5%	206,853 2,3%	184,213 -10,9%	209,349 13,6%	227,188 8,5%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
WARENEXPORTE	129,184 3,1%	132,871 2,9%	139,385 4,9%	145,946 4,7%	149,957 2,7%	138,236 -7,8%	154,271 11,6%	160,442 4,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	38,630 2,4%	40,052 3,7%	42,365 5,8%	45,277 6,9%	47,973 6,0%	44,297 -7,7%	47,930 8,2%	49,727 3,8%
REISEVERKEHR	14,956 4,0%	15,308 2,4%	15,703 2,6%	16,368 4,2%	16,746 2,3%	9,396 -43,9%	7,987 -15,0%	15,574 95,0%
EXPORTE I.W.S.	182,769 3,0%	188,231 3,0%	197,450 4,9%	207,596 5,1%	214,690 3,4%	191,591 -10,8%	209,555 9,4%	225,739 7,7%
WARENIMPORTE	126,855 4,2%	131,455 3,6%	137,086 4,3%	142,773 4,1%	142,759 0,0%	133,576 -6,4%	146,600 9,8%	152,464 4,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	35,523 2,3%	37,052 4,3%	39,996 7,9%	43,599 9,0%	47,326 8,5%	43,729 -7,6%	46,900 7,3%	49,479 5,5%
REISEVERKEHR	7,478 0,6%	7,678 2,7%	8,390 9,3%	9,006 7,3%	9,184 2,0%	3,346 -63,6%	4,182 25,0%	8,782 110,0%
IMPORTE I.W.S.	169,856 3,6%	176,185 3,7%	185,504 5,3%	195,411 5,3%	199,278 2,0%	180,593 -9,4%	197,611 9,4%	210,749 6,6%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
WARENEXPORTE	100,000 -0,7%	98,987 -1,0%	100,484 1,5%	102,262 1,8%	101,264 -1,0%	100,067 -1,2%	102,468 2,4%	103,596 1,1%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000 0,5%	100,754 0,8%	102,187 1,4%	103,754 1,5%	104,946 1,1%	104,738 -0,2%	107,461 2,6%	109,341 1,8%
REISEVERKEHR	100,000 1,2%	101,459 1,5%	103,756 2,3%	106,652 2,8%	108,652 1,9%	110,467 1,7%	113,781 3,0%	116,056 2,0%
EXPORTE I.W.S.	100,000 -0,3%	99,564 -0,4%	101,111 1,6%	102,931 1,8%	102,656 -0,3%	101,833 -0,8%	104,350 2,5%	105,723 1,3%
WARENIMPORTE	100,000 -2,7%	98,023 -2,0%	101,332 3,4%	103,706 2,3%	103,652 -0,1%	101,238 -2,3%	105,388 4,1%	107,075 1,6%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000 0,9%	99,992 0,0%	101,240 1,2%	102,814 1,6%	104,019 1,2%	103,989 0,0%	107,317 3,2%	109,678 2,2%
REISEVERKEHR	100,000 1,2%	101,665 1,7%	101,978 0,3%	102,489 0,5%	105,095 2,5%	104,910 -0,2%	108,058 3,0%	110,111 1,9%
IMPORTE I.W.S.	100,000 -1,8%	98,596 -1,4%	101,324 2,8%	103,434 2,1%	103,801 0,4%	102,005 -1,7%	105,940 3,9%	107,800 1,8%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,000 1,6%	100,982 1,0%	99,790 -1,2%	99,514 -0,3%	98,897 -0,6%	99,832 0,9%	98,499 -1,3%	98,073 -0,4%
TERMS OF TRADE, GÜTER	100,000 2,1%	100,983 1,0%	99,164 -1,8%	98,608 -0,6%	97,696 -0,9%	98,843 1,2%	97,229 -1,6%	96,751 -0,5%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
IMPORTQUOTE, GESAMT <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	49,338 -0,779	48,576 -0,763	50,888 2,312	52,441 1,553	52,036 -0,405	48,564 -3,472	52,117 3,553	53,143 1,026
IMPORTQUOTE, GÜTER <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	36,848 -0,732	36,033 -0,815	37,609 1,576	38,416 0,807	37,224 -1,192	35,650 -1,574	38,462 2,812	38,187 -0,275
EXPORTQUOTE, GESAMT <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	53,089 -0,298	52,406 -0,683	54,051 1,645	55,441 1,390	55,442 0,002	51,435 -4,007	54,438 3,003	55,826 1,388
EXPORTQUOTE, GÜTER <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	37,524 -0,330	36,779 -0,745	37,919 1,141	38,723 0,804	38,200 -0,523	36,467 -1,733	39,353 2,886	38,880 -0,474

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5554,650 0,9%	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5631,117 0,0%	5633,895 0,0%	5627,233 -0,1%	5612,545 -0,3%
ERWERBSQUOTE	78,575 0,9%	78,900 0,4%	79,728 1,0%	80,769 1,3%	81,595 1,0%	82,002 0,5%	82,330 0,4%	83,318 1,2%
ERWERBSPERSONEN	4364,585 1,8%	4428,084 1,5%	4485,272 1,3%	4547,191 1,4%	4594,732 1,0%	4619,903 0,5%	4632,898 0,3%	4676,255 0,9%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3652,427 0,9%	3674,603 0,6%	3687,409 0,3%	3698,440 0,3%	3698,881 0,0%	3701,922 0,1%	3683,706 -0,5%	3684,349 0,0%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS-KRÄFTEANGEBOT	712,158 6,4%	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	949,192 3,4%	991,906 4,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	475,400 2,0%	483,900 1,8%	490,000 1,3%	493,600 0,7%	496,100 0,5%	493,100 -0,6%	495,566 0,5%	500,521 1,0%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3889,185 1,7%	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4137,332 0,3%	4175,734 0,9%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3731,388 2,4%	3806,016 2,0%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	86,109 -2,0%	84,440 -1,9%	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,301 -4,0%	69,598 -1,0%
ARBEITSLOSE	354,332 11,0%	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	335,643 -18,1%	300,120 -10,6%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,113 -1,814	7,187 -0,925

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	163,661 3,1%	170,081 3,9%	176,086 3,5%	185,127 5,1%	192,918 4,2%	192,220 -0,4%	199,786 3,9%	208,876 4,5%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	135,955 3,1%	142,151 4,6%	146,689 3,2%	153,153 4,4%	155,768 1,7%	154,623 -0,7%	160,496 3,8%	169,968 5,9%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	44,653 5,2%	45,376 1,6%	46,587 2,7%	47,144 1,2%	48,833 3,6%	32,478 -33,5%	41,409 27,5%	48,656 17,5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	344,269 3,3%	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	401,691 5,9%	427,500 6,4%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,390 -872,2%	-0,027 -99,2%	-3,463 12754,7%	-3,773 8,9%	-1,437 -61,9%	-0,427 -70,3%	-0,435 2,0%	-0,444 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	61,605 2,8%	63,753 3,5%	66,243 3,9%	69,288 4,6%	72,706 4,3%	75,662 4,3%	78,688 4,0%	81,639 3,8%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	279,275 2,1%	293,828 5,2%	299,655 2,0%	312,364 4,2%	323,375 3,5%	303,232 -6,2%	322,567 6,4%	345,417 7,1%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,146 1,1%	-3,446 9,5%	-2,682 -22,2%	-3,765 40,3%	-3,399 -9,7%	-3,270 -3,8%	-3,368 3,0%	-3,469 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	276,128 2,1%	290,382 5,2%	296,973 2,3%	308,599 3,9%	319,976 3,7%	299,962 -6,3%	319,199 6,4%	341,948 7,1%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	318,657 4,4%	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,125 4,5%	375,397 3,7%	399,604 6,4%	425,578 6,5%	448,985 5,5%
DAVON SPAREINLAGEN	147,147 -1,9%	145,707 -1,0%	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,490 0,5%	160,649 4,7%	186,353 16,0%	188,031 0,9%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	323,817 1,3%	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,859 3,4%	359,089 4,7%	374,486 4,3%	388,342 3,7%	401,545 3,4%
EURIBOR 3M <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,02 -0,23	-0,26 -0,24	-0,33 -0,07	-0,32 0,01	-0,36 -0,04	-0,43 -0,07	-0,54 -0,11	-0,51 0,03
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,75 -0,73	0,37 -0,38	0,56 0,19	0,69 0,13	0,05 -0,64	-0,28 -0,33	-0,26 0,02	0,12 0,38

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
USD/EUR	1,11 -16,5%	1,11 0,0%	1,13 2,2%	1,18 4,5%	1,12 -5,2%	1,14 1,8%	1,19 4,4%	1,19 0,0%
GBP/EUR	0,73 -9,9%	0,82 12,7%	0,88 7,0%	0,89 1,0%	0,88 -0,6%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,86 0,0%
YEN/EUR	134,35 -4,3%	120,33 -10,4%	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,80 -0,2%	129,81 6,6%	129,81 0,0%
CHF/EUR	1,07 -12,0%	1,09 2,0%	1,11 2,0%	1,16 3,9%	1,11 -3,9%	1,07 -3,6%	1,09 1,9%	1,09 0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	0,2%	0,4%	1,1%	1,0%	0,9%	-0,2%	0,6%	2,4%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	1,1%	2,7%	2,3%	2,4%	0,3%	-6,1%	6,5%	3,0%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	1,0%	2,0%	2,3%	2,5%	1,5%	-6,7%	4,5%	4,5%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)